

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 61

APRIL/MAI 1989

DM 1,-

Kampf bis zum Tode gegen CIA-Mullahbanden!

Schlacht um Afghanistan

14. FEBRUAR – Der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan ist ein kaltblütiger Verrat an den afghanischen und sowjetischen Völkern. Die islamischen Krieger des CIA, die seit über einem Jahrzehnt mit ultramoderner militärischer Ausrüstung im Wert von Milliarden Dollar bewaffnet worden sind, stehen bereit, das Massenabschlachten von afghanischen Frauen, Lehrern und anderen Intellektuellen, linken Aktivisten und Bauern durchzuführen. Und George Bush hat jetzt angekündigt, daß die USA die Mudschaheddin weiterhin mit Waffen versorgen werden, solange das linksnationalistische Regime in Kabul an der Macht ist.

Wenn diese Armee von Mullahs und mörderischen Stammeskriegern die Regierung von Najibullah stürzt, wird Afghanistan ein imperialistischer Dolch werden, der gegen das sowjetische Zentralasien gerichtet ist. Bei der Kampagne von Moskau-Führer Michail Gorbatschow, Washington durch die Preisgabe Afghanistans zu beschwichtigen, gibt er dem US-Imperialismus und dessen Verbündeten ein Sprungbrett zur Konterrevolution im Heimatland der sozialistischen Oktoberrevolution. Mit dem Rücken zur Wand, stehen die Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts einem Krieg auf Leben und Tod gegenüber. Zerschlagt Washingtons „Heilige Krieger“!

Die Mudschaheddin nennen es Badal, der Rachekodex der vorherrschenden Paschtunenstämme. Es heißt nicht nur Tod, sondern oft Folter, Zerstückelung und Verstümmelung. Über die letzten paar Monate, als die sowjetischen Truppen einen Vorposten nach dem anderen verließen, lieferten die „Freiheitskämpfer“ des CIA eine Kostprobe ihrer Barbarei. Im November ergaben sich ungefähr 70 afghanische Soldaten bei Tortscham den Mudschaheddin, auf der afghanischen Seite des Khaiber-Passes. Als Regierungstruppen einige Tage später den Vorposten zurückeroberten, fanden sie die Leichen ihrer Kameraden – verstümmelt und in Stücke gehackt – in Holzkisten.

Die USA und ihre NATO-Verbündeten tun alles, was sie können, um ein Blutbad vorzubereiten. Richard Murphy, ein hoher Beamter des amerikanischen Außenministeriums unter Reagan, prophezeit die Einnahme Kabuls innerhalb weniger Monate und fährt fort: „Es gibt sehr große Leidenschaften“, die „gegen diejenigen gerichtet werden, die für das Regime von zentraler Bedeutung gewesen sind“. Letzten Monat schickte das Außenministerium der USA eine offizielle Note an seine Botschaften in aller Welt, in der es sie anwies, jedem das Visum zu verweigern, der mit dem afghanischen Regime in Verbindung steht. In der Erwartung, daß die Mudschaheddin-Terroristen Kabul verwüsten werden, und um Panik zu verbreiten, haben Washington und seine europäischen Verbündeten ihre Botschaften geschlossen.

Das *Wall Street Journal* (12. Januar) schreibt genüßlich: „Das, was die Afghanen



Kabul, 5. Februar: Angehörige einer afghanischen Frauenmiliz stehen vorm Kampf auf Leben und Tod

über Rache nicht wissen, lohnt sich nicht zu wissen“. Die Opfer der Blutrünstigkeit der Mudschaheddin werden keineswegs auf die Unterstützer der linksnationalistischen Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) beschränkt sein. Sogar Bauern, deren einziges „Verbrechen“ darin bestand, nach 1979 nicht nach Pakistan emigriert zu sein, sind in den Augen dieser islamischen „Heiligen Krieger“ Ungläubige. Dem Fall Kabuls und anderer afghanischer Städte würde ein Massaker an der gesamten gebildeten Bevölkerung folgen, besonders an Zehntausenden von Frauen, die der Purdah (Abgeschlossenheit) entkamen und den Tschador (den Schleier, der vom Kopf bis zu den Füßen reicht) abwarfen.

Selbst westliche bürgerliche Journalisten, vor allem wenn sie Frauen sind, machen sich um das grauenhafte Schicksal Sorgen, das jetzt den befreiten afghanischen Frauen droht. Mary Williams Walsh berichtet im *Wall Street Journal* (19. Januar):

„Das Elend von Kabuls Frauen ist eine schmerzliche Mahnung, daß der indirekte Sieg des Westens über die kommunistische Expansion hier nicht ohne Zweideutigkeit ist. In einem rückständigen Land, in dem sich die weibliche Bauernschaft immer noch wie mittelalterliche Leibeigene abplagt, haben es die Kabuler Frauen geschafft, an vielen Freiheiten des 20. Jahrhunderts festzuhalten... Statt hinter den Mauern der Purdah zu Hause zu bleiben, kommen sie jeden Tag heraus und arbeiten in Büros, Krankenhäusern und

Schulen.“ Walsh stellt dies den schrecklichen Bedingungen gegenüber, unter denen afghanische Frauen in den Flüchtlingslagern Pakistans leben, und berichtet, daß „ausländische Ärzte, die unter den Flüchtlingsfrauen arbeiten, grausige Geschichten über Ehemänner erzählen, die ihre Frauen lieber sterben lassen, als daß sie die Diagnose eines männlichen Geburtshelfers zulassen“!

Aber die Schlacht um Kabul sieht nicht nach leichtem Sieg aus. Die afghanische Armee ist gut versorgt mit sowjetischen MiG-Kampfbombern und Mittelstreckenraketen. Die Regierung hat an die Bevölkerung Waffen verteilt, darunter an junge Frauen, und eine 30 000 Leute starke Miliz geschaffen. Das DVPA-Regime, in der Vergangenheit mörderischen internen Fraktions- und Cliquenkämpfen verschrieben, scheint zu einem vereinten Widerstand entschlossen. „Wir müssen jetzt alle kämpfen“, erklärte Najibullah. In der ganzen Welt muß jeder klassenbewußte Arbeiter, jeder Sozialist und jeder, der für menschliche Anständigkeit und die Rechte des Menschen eintritt, die afghanische Regierung gegen die islamischen Schlächter des CIA materiell unterstützen.

Bei der Schlacht um Afghanistan steht weit mehr auf dem Spiel als das Schicksal dieses grauenhaft rückständigen Landes. Die bewaffnete Intervention der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1979 lieferte Amerika den Vorwand für den zweiten Kalten Krieg. Wir erklärten damals: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“, während sich

die meisten selbsternannten Linken überall in der Welt der imperialistischen Kampagne „sowjetische Truppen raus“ anschlossen. Nun sind die sowjetischen Truppen abgezogen worden, um den US-Imperialismus zu beschwichtigen. Wenn es den Mudschaheddin gelingt, jeden Linken, jeden Lehrer und jede unverschleierte Frau in Afghanistan abzuschlachten, dann wird deren Blut nicht nur an den Händen der Bushs, Thatchers und Kohls kleben, sondern auch an den Händen ihrer Anhänger im „linken“ Lager.

Ursprünge und Charakter des afghanischen Krieges

Jahrzehntelang ist Afghanistans kleine Anzahl von modernisierenden Intellektuellen im allgemeinen prosovietisch gewesen. Wenn sie über ihre nördliche Grenze ins sowjetische Zentralasien schauten, sahen sie Kinder, die lesen konnten, Frauen, die vom Schleier befreit waren, und ein Niveau sozialen und wirtschaftlichen Wohlergehens, das gegenüber Afghanistan um Jahrhunderte voraus ist. Als Ergebnis der sowjetischen zentralen Planung ist der Lebensstandard in Taschkent so hoch wie der in Moskau.

1965 gründeten afghanische linke Kreise die Demokratische Volkspartei Afghanistans. Die DVPA war in Afghanistan ein einzigartiges Phänomen: eine weltliche Partei, die sich nicht auf irgendeine Stammes- oder ethnische Gruppe stützte. Sie erhob den Anspruch, am Marxismus-Leninismus festzuhalten, und als Muster für ihre Struktur diente Stalins bürokratisierte Kommunistische Partei. Doch ihr Programm war auf gemäßigte Reformen begrenzt, die durchgeführt werden sollten von einer Regierung der „Arbeiter, Bauern, aufgeklärten und fortschrittlichen Intellektuellen, Handwerker, der Kleinbourgeoisie und nationalen Kapitalisten“ (zitiert in Raja Anwar, *The Tragedy of Afghanistan*, 1988 – Die Tragödie Afghanistans).

Von ihren Gegnern als „Kommunisten“ abgestempelt, waren die Kader der DVPA in Wirklichkeit modernisierende kleinbürgerliche Nationalisten, eher verwandt mit Kemal Atatürks Jungtürken als mit Lenins Bolschewiki. Die DVPA verschaffte sich eine dreifache Basis an Unterstützung: die zahlenmäßig schwache städtische Intelligenz des Landes (z. B. die Schullehrer), die Studenten und die Armeeoffiziere (von denen viele in der Sowjetunion ausgebildet wurden). Beinahe sofort spaltete sich die Partei in zwei Fraktionen, die Chalq-Fraktion (Volk) und die Partscham-Fraktion (Banner). Als Daud Khan 1973 den König absetzte, dienten die Partscham-Führer als seine Berater, während die Chalq-Fraktion „eine Regierung“ vorschlug, „gebildet aus einer ‚Einheitsfront‘ unter Einschluß der DVPA“.

Angestachelt von den westlichen Mächten und dem Schah von Iran, ergriff das Daud-

Fortgesetzt auf Seite 10

Gorbatschows Rückzug ist ein Verrat!

Verteidigt Salman Rushdie!

*Dort wo man Bücher verbrennt,
verbrennt man auch am Ende Menschen*

Erste Reaktion der meisten westeuropäischen Verleger auf Chomeinis mörderischen Dschihad gegen Salman Rushdie war betretenes Schweigen. Einige legten sogar die Übersetzung der Satanischen Verse auf Eis. Nun haben über 50 Verlage in Westdeutschland, Österreich und der Schweiz beschlossen, Rushdies Buch in einem gemeinsamen Verlag herauszubringen und den Profit inhaftierten Schriftstellern zukommen zu lassen. Gleichzeitig aber ergreift die Zensur des westdeutschen Staates immer frechere Maßnahmen. Bücher von solch angesehenen Autoren wie dem Sexualwissenschaftler Günter Amendt, der Psychologin Nancy Friday und sogar von Harold Robbins stehen längst auf dem Index und werden in den Buchläden konfisziert. Die „PorNo“-Feministinnen in Westdeutschland, die mit den Bücherverbrennern im Chor heulen, täten gut daran, über die Stellung der Frau in Chomeinis Iran nachzudenken. Die folgende Erklärung wurde am 22. Februar vom Partisan Defense Committee und von der Spartacist League/U.S. herausgegeben.

Den Himmel und 5,2 Millionen Dollar verspricht Ajatollah Chomeini den Mördern des angesehenen Autors Salman Rushdie – dies als Strafe dafür, daß er die *Satanischen Verse* geschrieben hat. Bei Demonstrationen von islamischen Fanatikern gegen das Buch wurden in Indien und Pakistan acht Menschen getötet. In New York suchte sich Kardi-

nal O'Connor die Sonntagsmesse aus, um die *Satanischen Verse* zu verurteilen. Drei größere Buchladenkette in den USA mit 2400 Verkaufsstellen nahmen das Buch aus den Regalen. Das rassistische Südafrika schloß sich mit einem totalen Verbot des Buchs der islamischen Welt an, während französische und westdeutsche Verlage ihre Übersetzungen stoppten. „Wer einen Menschen tötet, tötet eine vernunftbegabte Kreatur“, schrieb Milton in seiner eindrucksvollen Verteidigung der Gedanken- und Pressefreiheit im 17. Jahrhundert, *Areopagitica*, „aber wer ein gutes Buch zerstört, tötet die Vernunft selbst“.

Die Herrscher im Iran benutzen den Dschihad gegen Rushdie zur Manipulation der Gefühle der Massen, um von den Millionen Menschenopfern des sinnlosen Kriegs gegen Irak, der zerstörten Wirtschaft und der schier endlosen Unterdrückung abzulenken. Die schiitische Theokratie startete ihren Heiligen Krieg gegen die *Satanischen Verse*, nachdem sie Tausende von Linken und anderen Dissidenten hingerichtet hatte, beim Versuch, jede Spur von sozialer Unzufriedenheit in Strömen von Blut zu ertränken. Die sogenannte „Gemeinschaft der zivilisierten Nationen“ sah dem wachsenden Berg von Leichen mit völligem Schweigen zu, während die *New York Times* die „Liberalisierung“ der iranischen Gesellschaft belächelte. Chomeinis Iran gibt einen Vorge-



Keine Unterdrückung der *Satanischen Verse*!

schmack davon, was ein Sieg der Mudschaheddin in Afghanistan bedeuten würde, wo die CIA-gestützten „Freiheitskämpfer“ Schullehrern bei lebendigem Leibe die Haut abziehen, weil sie Mädchen und Frauen das Lesen beigebracht haben. Die afghanische Regierung hat das Buch auch gerade verboten, entsprechend ihrer Politik der Versöhnung mit den Mullahs.

Doch den religiösen Eifer im Dienste der politischen Tyrannei auszuschlachten ist keineswegs ein Monopol der islamischen Welt. Im Namen der „nationalen Sicherheit“ ver-

suchte Nixon, die *Pentagon Papers* zu unterdrücken; Thatcher versuchte das Gleiche mit *Spycatcher*. „Blasphemie“ schreiende christliche Fundamentalisten haben zusammen mit diverser faschistischer Dreck einen Kreuzzug gegen den Film von Martin Scorsese gestartet, *Die letzte Versuchung Christi*. In den USA haben Bücherverbrenner in weißen Laken und schwarzen Talaren versucht, Darwin und sogar das Märchen *Goldilocks* (Goldköpfchen und die drei Bären) aus öffentlichen und Schulbibliotheken zu verbannen. Entsprechend der Empfehlung von Ed Meeses Pornokommission verwendet die Regierung die RICO-Gesetze, um den Verkauf von Büchern und Videos mit sexuellem Inhalt als „organisiertes Verbrechen“ zu verfolgen.

Die passende Warnung des deutsch-jüdischen radikalen Dichters Heinrich Heine: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“, ist jetzt auf dem Mahnmahl für die Opfer von Hitlers Konzentrationslager in Dachau eingemeißelt. Um ein Gesellschaftssystem aufrechtzuerhalten, das seine progressive Rolle schon vor Anbruch dieses Jahrhunderts verloren hat, sieht sich die herrschende kapitalistische Klasse gezwungen, religiösen Obskurantismus, Aberglauben und Terror wiederzubeleben; das Pogrom wird industrialisiert, die Inquisition wird high-tech, das Armageddon wird nuklear. Die Verteidigung der sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Renaissance, der großen bürgerlich-demokratischen Revolutionen, einschließlich des amerikanischen Bürgerkriegs, sowie der Siege der proletarischen Oktoberrevolution in Rußland – von der Gewissensfreiheit bis zur Befreiung von Ausbeutung – ist ein untrennbares Ganzes. In Verteidigung der fundamentalen demokratischen Rechte und elementarer menschlicher Anständigkeit fordern wir: Die *Satanischen Verse* müssen gelesen werden können! ■

Richard S. Fraser Veteran des amerikanischen Trotzismus

Richard S. Fraser, Veteran des amerikanischen Trotzismus und hartnäckiger Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen, starb am 27. November 1988. Er hatte sich 1934 der trotzkistischen Bewegung in Amerika angeschlossen. Fraser war talentierter Geigen- und Gitarrenspieler, Fachmann für Stukkaturen, Seemann und Gewerkschafter, erfinderischer, wenn auch ungeschulter Naturwissenschaftler. Aber vor allem war er ein ergebener Kommunist. Obwohl Fraser nicht viel Schulbildung bekommen hatte, studierte er unermüdlich die Schwarzenfrage in Amerika. Er bereicherte das Programm des Marxismus durch sein Verständnis, daß die Schwarzenbefreiung in den USA nur erreicht werden wird durch rassistisch integrierten revolutionären Kampf um die proletarische Klassenherrschaft. In seinen letzten Jahren kämpfte Fraser gegen viele schwere Krankheiten an, um sein Lebenswerk fortzusetzen. Richard Fraser war Lehrer in theoretischen Fragen, ein geschätzter Freund und zum Schluß ein Genosse der Spartacist League/U.S.

Fast 30 Jahre lang war Fraser ein führendes Mitglied und ein Organisator der Socialist Workers Party (SWP) an der amerikanischen Westküste. Fraser war besorgt, daß die SWP die revolutionäre Herausforderung unterschätzte, vor die sie durch den rassistisch integrierten Kampf um die Gleichheit der



Schwarzen gestellt wurde, und legte 1955 sein Dokument vor: „For the Materialist Conception of the Negro Struggle“ (Für die materialistische Auffassung des Kampfes der Neger). Darin stellte er der Wendung der SWP hin zur separatistischen „Selbstbestimmung“ die Perspektive der revolutionären

Integration entgegen. Die Schwarzen in den USA sind nämlich eine aufgrund ihrer Rasse/Hautfarbe unterdrückte Kaste und keine separate Nation. Der Separatismus lieferte den ideologischen Deckmantel dafür, daß sich die SWP aus der Bürgerrechts-Massenbewegung der 60er Jahre heraushielt und daß sie später vor dem schwarzen Nationalismus kapituliert, als die einst revolutionäre Partei vom Zentrismus in den Reformismus stürzte. Frasers Perspektive für die Freiheit der Schwarzen wurde von der Spartacist League übernommen, als sie sich in der SWP als revolutionäre Tendenz (RT) bildete. (Frasers Dokument wurde zusammen mit den Dokumenten der RT und SL im *Marxist Bulletin* Nr. 5 abgedruckt: „What Strategy for Black Liberation? Trotskyism vs. Black Nationalism“ – Welche Strategie für die Schwarzenbefreiung? Trotzismus contra schwarzen Nationalismus.)

Fraser war 1966 auf der Gründungskonferenz der Spartacist League/U.S. einer der Berichterstatter über die Schwarzenfrage. Trotz politischer Differenzen entwickelte er weiterhin seine Beziehungen zur SL. Dies führte zu einer engen und unschätzbaren Zusammenarbeit bei unseren Bemühungen, Organisationen zur Verteidigung von Arbeitern/Schwarzen aufzubauen. Seine letzte politische Tat vor seinem Tod war seine Unterstützung der Mobilisierung vom 5. November 1988, die in Philadelphia/USA den faschistischen Ku Klux Klan und Nazi-Skinheads stoppte. Diese erfolgreiche Mobilisierung der Macht der rassistisch integrierten Arbeiterbewegung war ein Tribut an unseren Genossen Richard Fraser.

In seiner Unterstützung dieser Mobilisierung sagte Fraser über sich, er sei „historisch ein amerikanischer Trotzist“. Das war er auch. Er war Veteran der alten revolutionären SWP von James P. Cannon und Leo Trotzki. Bei einer Gedenkfeier für Fraser, die am 8. Januar in Los Angeles stattfand, zog sich durch alle Nachrufe und Erinnerungen wie ein roter Faden die revolutionäre Kontinuität, die sein Leben verkörperte. Dazu gehörte die Tradition des revolutionären Syndi-

kalismus und Radikalismus im Westen der USA, wie sie in den Industrial Workers of the World (I.W.W. – „Wobblies“) ihren organisierten Ausdruck fanden. Diese Tradition wurde entscheidend verwandelt durch die Erfahrung der großen Russischen Revolution 1917, was zur Gründung der amerikanischen Kommunistischen Partei führte und später zur Gründung des amerikanischen Trotzismus durch Cannon und andere führende Kader, die aus der KP kamen. Die internationale Spartacist Tendenz kann sich glücklich schätzen, Erbe einer ungebrochenen revolutionären Tradition zu sein, die auf die Kommunistische Internationale von Lenin und Trotzki zurückgeht. Richard Fraser war ein wichtiger Teil dieser Kontinuität. Um sein Andenken zu ehren, schickten die Trotzkistische Liga Deutschlands und die Ligue trotskyste de France, Sektionen der IST, die folgenden Grüße an die Gedenkfeier in Los Angeles:

„Genau wie Ihr empfinden wir den Verlust von Richard Fraser, antirassistischer Kämpfer und historisch ein amerikanischer Trotzist. Im Januar ehren wir auch die ‚Drei L‘, Lenin sowie Liebknecht und Luxemburg, die vor 70 Jahren ermordet wurden. So zollen wir all denjenigen Tribut, die wie Genosse Fraser auf ihrem Posten starben, beim Kampf für eine sozialistische Zukunft.“ ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
internationale Spartacist Tendenz

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Barbara Köhler, Renate Müller, Mark Richard, Carola Rosen (Produktion), Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Abonnement (12 Ausgaben): DM 10,-
Ausland Seepost DM 15,- Luftpost DM 30,-

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

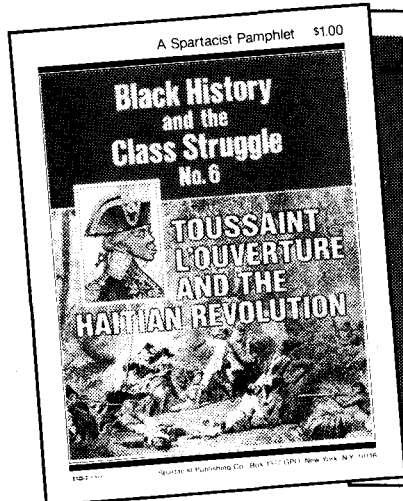
Bestellt!

Black History and Class Struggle

Nr. 1 DM 1,-
Nr. 2-4 DM 1,50
Nr. 5-6 DM 2,-

Marxist Bulletin Nr. 5
Welche Strategie für die
Schwarzenbefreiung?
Trotzkismus contra schwarzen
Nationalismus DM 7,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde, Postgiro
Frankfurt 119 88-601



Die sowjetischen Arbeiter müssen handeln – Zerschlagt Pamjat!

Faschistisches Krebsgeschwür in Gorbatschows Rußland

Als die einheimischen russischen Faschisten von Pamjat letzten Sommer im Zentrum von Leningrad offen antisemitische Demonstrationen veranstalteten, jagte das Schockwellen durch die ganze sowjetische Gesellschaft (siehe „Sowjetische Arbeiter müssen Pamjat wegfegen!“, *Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988). Ohne eine aktive Massenopposition, die sich ihnen entgegenstellt, und beschützt von einem Teil der Sowjetbürokratie, ist Pamjat immer dreister geworden. Sie ergriffen die Gelegenheit, anlässlich der Wahlen vom 26. März zum neugeschaffenen Kongreß der Volksdeputierten eine Kampagne zu führen, die sie als Sprungbrett benutzten, um ihre Taktiken zu demonstrieren und ihren brutalen Antisemitismus und großrussischen Chauvinismus zu erbrechen. Der Wahlkampf sollte ein Schaukasten sein für die „Demokratisierung“ unter Gorbatschows Glasnost (Offenheit), er war gekennzeichnet durch öffentliche Nominierungsveranstaltungen, die sich in vielen Bezirken zu Massendebatten ausweiteten, offen für alle und bis spät in die Nacht. Aber nicht dort, wo Pamjat auftauchte.

Pamjat nahm sich Moskaus Bezirk Swerdlowsk zur Zielscheibe, einer der Wahlkämpfe im Land, über den am meisten berichtet wurde. Umkämpft war die Nominierung von Witali Korotitsch, dem Herausgeber von *Ogonjok*, einem Flaggschiff von Gorbatschows Programm der politischen und wirtschaftlichen „Umgestaltung“ (Perestroika). Pamjat schaffte es, Korotitschs Streichung von der Wahlliste zu erzwingen, und am 19. Februar kamen in Moskau Hunderte zu einer Demonstration, zu der „informelle patriotische Organisationen“ aufgerufen hatten, um Pamjats Sieg zu feiern. Ein Redner trug ein Sweatshirt, auf dem zu lesen war: „Nieder mit der Besetzung durch jüdische Nationalisten“ und führte die Menge bei Sprechchören an: „Hängt Korotitsch! Hängt Korotitsch!“ „Ihr könnt unserer Hände Werk sehen“, prahlte ein Pamjat-Mitglied und fügte bedrohlich hinzu: „und ihr werdet noch mehr davon sehen“.

Die Einwohner des Swerdlowsk-Bezirks bekamen einen unmittelbaren und furchterregenden Einblick in Pamjats Werk. Als in der Nacht des 9. Januar etwa 700 Menschen in einen Moskauer Veranstaltungsraum drängten, waren sie mit einem durchorganisierten Trupp von über 50 Pamjat-Schlägern konfrontiert. Leuten, die in die Veranstaltung hineingingen, wurde gesagt: „Geht nach Hause – wir kennen eure Adresse“, und man drohte ihnen, daß „es ihnen schlecht erginge“, wenn sie für Korotitsch stimmen würden (*Ogonjok*, 14. Januar). Drinnen in der Halle fing Pamjat zu schreien an: „Lang lebe das russische Volk“, und: „Für die Freunde von Juden ist kein Platz auf russischem Boden“. Sie fuchtelten mit gelben Davidsternen herum, die mit Kreuzen schwarz übermalt waren, und mit einem Banner, auf dem stand: „Kein Vertrauen in den Führer der gelben (jüdischen) Presse“. Dabei brüllten sie in Richtung Podium: „Korotitsch, du Jude, gib deine Silbermünzen zurück“.

Ogonjok zitierte eine entsetzte Augenzeugin: „Als ich mir das Treiben der durchorganisierten Rowdys von dem ‚Pamjat‘-Verein ansah, wie sie schrien, piffen, mit den Füßen stampften, schmutzige Wörter ausspuckten und abstoßende Parolen, da dachte ich automatisch: an was erinnert mich das?“ Sie gab selbst die Antwort mit dem Hinweis auf Hitlers Münchner Bürgerbräu-Putsch von 1923: „So haben die Schlägertypen aus den Münchner Bierkellern angefangen“.

Genau das ist die „Russische Nationalpatriotische Front Pamjat“: russische Nazis! Sie agitieren für eine antisemitische Endlösung; sie stolzieren herum in schwarzen

Hemden und schwarzen Schaftstiefeln; sie berufen sich auf die Schwarzhunderter aus der Zeit vor der Revolution, pogromistische Banden, die von der zaristischen Geheimpolizei organisiert wurden, um die jüdischen Gettos zu terrorisieren. Aber was sie unmittelbar inspiriert, liegt nicht so weit zurück und ist sogar noch mörderischer. Diese fanatisch antisemitischen großrussischen Chauvinisten mögen zwiespältige Gefühle über Hitler haben, denn einerseits glauben sie, Hitler habe für Deutschland etwas Gutes getan – durch die Vernichtung aller Juden –, und gleichzeitig hassen sie die Deutschen ebenso. Aber sie sind einheimische Hitler-Jünger auf russischem Boden, eine Speerspitze der faschistischen Konterrevolution im Innern des

und politischen Leben der Sowjetunion (wie Mosche Milschtein, ein Führer des sowjetischen Armeegeheimdienstes). Es gibt eine hohe Rate von Eheschließungen zwischen Juden und ethnischen Russen, zwischen Russen und Angehörigen nicht-russischer Nationalitäten. Der frühere sowjetische Führer und KGB-Chef Juri Andropow zum Beispiel hatte eine jüdische Großmutter.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß eines der meistverkauften Bücher in der Sowjetunion heute *Kinder des Arbat* ist, ein machtvoller Roman, der die Stalin-Ära angreift, geschrieben vom jüdischen Schriftsteller Anatoli Rybakow (allerdings übertreffen die Verkaufszahlen mehrerer Werke russischer Nationalisten die von Rybakows Buch). Widerstand

vitalen Interesse, die Pamjat-Faschisten wegzufügen. Vor allem glauben viele der Zehntausenden zurückgekehrten sowjetischen Veteranen, die gegen die mörderischen Reaktionen in Afghanistan gekämpft haben, daß sie dort ihre „internationalistische Pflicht“ erfüllt haben: sie können und müssen mobilisiert werden gegen die großrussischen Chauvinisten von Pamjat.

Bei all dem explosiven Aufstieg nationalistischer Bewegungen unter den nicht-russischen Völkern der Sowjetunion – der gefährlichste Nationalismus von allen bleibt derjenige der dominierenden russischen Nationalität. Indem die stalinistische Bürokratie das bolschewistische Programm der internationalen sozialistischen Revolution zurück-



Oben: Parolen lauten „Pamjat wird siegen“, „Ja zum Nationalismus und Patriotismus“, „Nein zu wurzellosen Kosmopoliten“.

Rechts: Pamjat-Faschisten stören Moskauer Wahlversammlungen im Januar. Eine Handvoll organisierter Faschisten sprengte eine Veranstaltung von Hunderten

Unten links: Opfer des Kischinew-Massakers 1903 – Pamjat versucht, den antisemitischen Terror der zaristischen Schwarzhunderter fortzusetzen. **Unten rechts:** Ein weiterer Vorfahr von Pamjat – der russische faschistische General Wlassow kollaborierte mit den Nazi-Invasoren



Dawid Mowschowitzsch



World Publishing

sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats. Vor kurzem sind in Murmansk Kriegsdenkmalen mit Hakenkreuzen verunstaltet worden, und man hat russische Jugendliche Hakenkreuze tragen sehen. Pamjat-Führer Dimitri Wassiljew behauptet, 20 000 Mitglieder in Moskau zu haben und Unterstützung in 30 weiteren russischen Großstädten. Und sie sind bedrohlich angewachsen.

Aber weitaus größer sind die potentiellen Kräfte für die Zerschlagung Pamjats. Trotz der Jahrzehnte von stalinistischem Nationalismus: ein tiefes Reservoir von Internationalismus war Bestandteil der Grundlage des Sowjetstaates. Pamjat ist eine Bedrohung aller nicht-russischen Nationalitäten und überhaupt für das Überleben der Sowjetunion als multinationaler Staat. Moskau und andere größere Stadtzentren sind zutiefst integriert; Juden sind heute nicht an das Siedlungsgebiet gebunden, wie es unter den Zaren der Fall war, sondern sind ein integraler Bestandteil im kulturellen, wirtschaftlichen

gegen Pamjat motivierte tatsächlich mit in erster Linie die Gründung der Föderation Sozialistischer Clubs vor zwei Jahren. Aber Pamjat wird nicht von einer Opposition gestoppt werden, die sich einfach auf literarische Verurteilungen beschränkt. In *Ogonjoks* Bericht über den Pamjat-Angriff vom 9. Januar äußerte ein W. Tschernow seine Bestürzung darüber, daß es einer kleinen Handvoll organisierter Faschisten erlaubt war, eine Veranstaltung von Hunderten Unorganisierter zu sprengen und zu terrorisieren.

Die Hauptkraft zur Zerschlagung von Pamjat liegt nicht bei der sowjetischen Intelligenz, die sich in ihrer Masse hinter Gorbatschows marktorientierte „Reformen“ geschart hat. So wie die marxistisch geführten Arbeiter vor der bolschewistischen Revolution die jüdischen Gettos und Arbeiterbezirke erfolgreich gegen die zaristischen Schwarzhunderter verteidigten, so hat heute die multinationale sowjetische arbeitende Bevölkerung sowohl die Macht als auch das

wies, öffnete sie das Tor für die ganze alte Scheiße des zaristischen Völkergeländnisses und verherrlichte gesellschaftliche Rückständigkeit und großrussischen Chauvinismus. Wenn die Arbeitermassen Rußlands es in die eigenen Hände nehmen, die russischen Nazis auszurotten, dann wird diese Botschaft vom Kaukasus bis zur Ostsee gehört werden. *Sowjetische Arbeiter müssen handeln! Zerschlagt Pamjat!*

Das „Gedächtnis“ des zaristischen Pogromismus

Doch diese Nazis finden Schutz unter den Fittichen eines Teils der Bürokratie, der gegen Gorbatschows „Reformen“ ist, während die Gorbatschow-Anhänger Pamjat dulden und amnestieren, indem sie leugnen, daß es faschistisch ist. Als Pamjat vor zwei Jahren über den Roten Platz marschierte und ein Treffen mit Korotitschs ideologischem See-

Fortgesetzt auf Seite 8

Republikaner...

Fortsetzung von Seite 12

land „deutsche Interessen verraten“ hatte. Republikaner-Führer Franz Schönhuber, Veteran der Waffen-SS und der Leibstandarte SS Adolf Hitler, ist berüchtigt für seine Verherrlichung der SS als die „Elite der Elite“. Seit er 1985 die Führung der Republikaner übernahm, verfolgt er eine aggressive Politik: er versucht, Westdeutschlands zersplitterte faschistische Bewegung umzugruppieren. Soweit er in dieser Senkgrube erfolgreich gewesen ist, stellte die NPD Organisatoren und die DVU Geld und Logistik.

Die Republikaner verwenden als Schläger Skinheads und Bullen, in Uniform oder in Zivil. Am 18. Januar prahlte Schönhuber im ICC mit seinen Unterstützern draußen in Uniform – gerade als die Bullen gegen Tausende von Anti-Republikaner-Demonstranten Amok liefen. Am Abend darauf bei einer Kundgebung in Nürnberg waren es Skinheads und Bullen, die Schönhuber gegen 2000 Antifaschisten als Schläger einsetzte.

Besonders bedrohlich an den Republikanern sind ihre direkten Verbindungen mit dem bürgerlichen Staat über die regierende CDU/CSU und über ihre Rekrutierung innerhalb von Polizei, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Beamtentum. CDU-Ministerpräsident Wagner von Rheinland-Pfalz (Kohls Revier) hat schon eine Koalition mit Schönhubers Faschisten vorgeschlagen. Dem ehemaligen Westberliner CDU-Oberbullen und Nazi-Verehrer Heinrich Lummer, berühmter Mittelsmann für diverse faschistische Organisationen, wurde nach den letzten Wahlen der Vorsitz der Westberliner Republikaner angeboten. Der gegenwärtige Westberliner „Führer“ Bernhard Andres ist Bulle und Gauner. Gegen ihn schweben zahlreiche Verfahren, u. a. wegen jahrelanger Urkundenfälschung. Es ist bei der Polizei ein offenes Geheimnis, daß dieser sadistische Schläger hinter einen Schreibtisch gesteckt

wurde, um „ihn nicht mehr auf die Menschheit loslassen“ zu müssen. Nach konservativen Schätzungen stimmten 20 Prozent der Westberliner Bullen und 100 Prozent der paramilitärischen Spezialeinheiten für die Republikaner.

Die Reformisten, die den Verfassungsschutz auffordern, die Faschisten zu verbieten, rufen in vielen Fällen die Faschisten auf, sich selbst zu verbieten. Zum Beispiel entlarvte der *stern* (16. März) einen Klaus Hartel als Republikaner: Kölner Verfassungsschutz, zuständig für „Ausländer-Überwachung“. Das Vertrauen in den bürgerlichen Staat, die Faschisten zu „verbieten“, ist eine tödliche Falle. Wer soll das „Verbot“ durchsetzen? Die mit Republikanern durchgesetzte Polizei?

Für Gesetze „gegen Extremismus“ hat der Staat allerdings Verwendung – gegen die Linke. Siehe den Hexenjagdparagrafen 129a. Sind nicht die Faschisten der Inbegriff einer „terroristischen Vereinigung“ – riesige Waffenarsenale, Banküberfälle und Mord, wie das wahllose Abschichten von 13 Menschen bei dem Bombenattentat in München 1980? Aber es sind die RAF und alle, die Zimmermann zu ihren „Sympathisanten“ erklärt, die im Knast verrotten (wenn sie nicht unter mysteriösen Umständen tot aufgefunden werden).

Seit 1982 hat Zimmermann vier Organisationen verboten: die Hell's Angels, Kühnens ANS und jetzt seine „Nationale Sammlung“... und die linke türkische Organisation Devrimci Sol. Türkischen Linken droht Verhaftung, Abschiebung und schließlich Tod, Kühnens dagegen läuft frei herum und ändert nur den Namen seiner Braunhemden. Die vielen „antifaschistischen“ Gesetze, die es schon gibt, sind genau das: gegen Antifaschisten anzuwendende Gesetze! Am 2. April wurde in Schleswig-Holstein eine Demonstration gegen die Republikaner von 100 Polizisten brutal angegriffen: viele Teilnehmer wurden verhaftet und wegen „Volksverhetzung“ angeklagt.

Viele Linke wie die SEW und der Kommu-



Workers Vanguard

Chicago, 3. März: Demonstranten gegen Klan-Republikaner David Duke auf integrierter, auf der Arbeiterbewegung basierenden Kundgebung fordern: „Keine Hitlers in Chicago!“

nistische Bund verbreiten Illusionen in den neuen Westberliner SPD/AL-Senat. Doch schon hat SPD-Innenminister Pätzold die Bullenpräsenz verstärkt und die gefürchtete Spezialeinheit EBLT, eine Hochburg der Republikaner, einfach umbenannt. Das sozialdemokratische Hamburg schiebt mehr Asylanten ab als Baden-Württemberg oder Bayern (z. B. 1987: 619 gegenüber 266 bzw. 170). Hamburgs Oberbulle Hackmann rechtfertigt diesen rassistischen Terror mit der Notwendigkeit, den Faschisten den Boden zu entziehen! Prominente MdBs der Grünen geben den Republikanern einen Persilschein. Obszönerweise „debattieren“ Grüne, zusammen mit SPD, FDP und Lummer von der CDU, auch noch mit Schönhuber im Fernsehen. Grüne/SPD liefern damit nur ein Forum für rassistischen Terror. Über Völkermord gibt es nichts zu debattieren!

Immigrantenverteidigung ist Arbeiterselbstverteidigung

Die CDU reagierte auf ihre empfindliche Niederlage in Westberlin mit dem Versuch, in Frankfurt nationalistischer als die Nazis zu sein. Der ehemalige Römer-Boß Brück ritt eine wütende rassistische Attacke gegen die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Immigranten. Diese Forderung, an sich unterstützenswert, wird jetzt von SPD/DGB vorgebracht (und von der ganzen Linken aufgenommen) als die Antwort auf die Unterdrückung der Immigranten. Sie ist aber eine typisch reformistische Halbheit, die die Stellung der Immigranten als Ausgestoßene aufrechterhält. Alle, die den Reichtum in diesem Land produzieren, müssen gleiche Rechte genießen. Das bedeutet einen unachgiebigen Kampf gegen jegliche rassistische Diskriminierung und Aussonderung am Arbeitsplatz, bei Wohnungen, im Gesundheitswesen und bei der Ausbildung, gegen die willkürlichen Deportationen und Polizeirazzien, den ständigen Alptraum für Asylanten und eingewanderte Arbeiter.

Auf der Kundgebung vom 13. März in Frankfurt gaben die 10 000 Demonstranten dem hessischen DGB-Chef Jungmann starken Applaus, als er mit Streik drohte, um zwei türkische Arbeiter von VDO (Autozulieferer) zu unterstützen, nachdem sie im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau gefeuert worden waren. Doch diese zwei mutigen Arbeiter, die 20 Tage lang im Hungerstreik waren, bekamen ihre Jobs erst wieder, als VDO-Arbeiter das Büro des klassenkollaborationistischen Betriebsrats besetzten.

Am 8. Mai, dem Tag der Zerschlagung des Nazismus (durch die Rote Armee wohlgekehrt), demonstrieren IG Metall und HBV, die zusammen 2,5 Millionen Arbeiter vertreten, gegen „Ausländerfeindlichkeit und Neozis“. Diese Aktionen könnten eine riesige Demonstration von proletarischer Macht sein – aber nicht, wenn sie nur Wahlkundgebungen sind für den SPD-Kürzungsexperten Lafontaine.

Angehts des Konservatismus der SPD-

dominierten Gewerkschaftsbürokratie sowie der Nachtrapolitik und des Ökonomismus der meisten Linken haben junge Antifaschisten zahllose Kollektive auf lokaler Basis gebildet. Häufig pendeln sie zwischen antirassistischer „Aufklärung“, gerichtet an eine diffuse „Öffentlichkeit“, und ergebnislosen Scharmützeln mit den faschistischen Banden, in die die Bullen eingreifen, um die Antifaschisten zu zerschlagen. Sie wollen die Faschisten bekämpfen, aber sie sind sich nicht sicher, wie. Sie erkennen oft die Macht der Gewerkschaften, aber sehen nicht den Weg, sie gegen die Faschisten zu mobilisieren.

Die Gewerkschaften sind die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, trotz der verräterischen prokapitalistischen Politik der Bürokraten. Sogar die DGB-Spitzen, unter dem Druck der Mitgliedschaft (und der Ereignisse), schlagen eine härtere Tonart an. Eine Titelgeschichte von *metall* (24. Februar) berichtet über eine Skinhead-Provokation 1987 gegen Flugblattverteiler der IG-Metall-Jugend Hameln. „Tod den Antifaschisten – wir kommen auch zur Fete“, drohten die Faschisten. „Ja, sie kamen, aber es wurde trotzdem gefeiert“, schreibt *metall*. „Denn das halbe Dutzend Skinheads wurde von 20 strammen Ordnern erwartet.“ Richtig: disziplinierte, entschlossene gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen. Wir brauchen sie aber zu Hunderten und Tausenden in ganz Westdeutschland.

Für Arbeiter/Immigranten-Kommandos, um die Asylantenwohnheime und Wohnviertel der Immigranten, die Veranstaltungen und Büros der Arbeiterbewegung gegen faschistische Angriffe zu verteidigen! Solche Einheiten könnten die faschistischen Nester in der U-Bahn, den Schulen und Wohnvierteln ausheben.

Revolutionäre Antwort auf Gesellschaftskrise

Daß die Faschisten 10 Prozent der Stimmen in manchen Teilen Westberlins und Frankfurts kriegen können, heißt, daß sie sich nähren von den wirklichen Problemen Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel. Wie sein französisches Gegenstück Le Pen findet Schönhuber nicht nur Unterstützung in den bewaffneten Banden des bürgerlichen Staats, sondern auch unter kleinbürgerlichen Ladenbesitzern und halbproletarischen Schichten sowie unter öffentlich Bediensteten, die wegen Privatisierungsmaßnahmen der Regierung um ihre Jobs fürchten.

Bonns Anti-Immigranten-Politik hat in der Gesellschaft weitverbreiteten Rassismus angefangt. Kein Wunder, daß die explosivste Frage, die den Faschisten konjunkturelle Unterstützung verschafft, die „Volksdeutschen“ aus Osteuropa sind; allein 1988 immigrierten etwa 200 000 in den kapitalistischen Westen. (Nur „Arier“ erwünscht – Leonhard Freiberger, ein deutscher Jude, der in Rumänien gelebt hatte, starb Anfang dieses Jahres in Hessen, nachdem er sich 40 Jahre lang vergeblich um die deutsche Staatsbürgerschaft bemüht hatte.) Die Faschisten versuchen, unter diesen Flüchtlingen zu rekrutieren und gleichzeitig den Groll gegen sie auszuschlachten, der aus der Konkurrenz um immer knapper werdende Jobs und Wohnungen entsteht.

Laut SS-Schönhuber sind 70 Prozent seiner neuen Rekruten unter 30. Ein Großteil sind Jugendliche auf der Verliererseite, die keine der knapper werdenden Lehrstellen kriegen können. Sie sind daher isoliert von der Arbeiterbewegung und von den Gewerkschaften allein gelassen. Sie lernen einen Randberuf oder leben in den Ritzen der kapitalistischen Gesellschaft (z. B. als Taxifahrer). Eine weitere Schicht für faschistische Rekrutierungen ist das Lumpenproletariat, in erster Linie die Skinheadbanden – eine neue Reserve für eine künftige SA, der harte Kern der „No-future“-Generation.

Der Faschismus sammelt, mobilisiert und bewaffnet den demoralisierten Lumpenproletarier und wildgewordenen Kleinbürger. Diesen Elementen liefert der Faschismus Sündenböcke: den jüdischen Bankier, den Immigrant, den kommunistischen Agitator. Rassismus vereint auch Skinheads und Ladenbesitzer mit Millionären wie DVU-Führer Frey.

Permanente Arbeitslosigkeit demoralisiert und desorganisiert die Arbeiterklasse und liefert ein Rekrutierungsfeld für die Faschisten. Um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, streikten

Verteidigt die Antifaschisten von Moabit !

Ich/meine Organisation (Zutreffendes unterstreichen) fordere/fordert die sofortige Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar eingeleiteten Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten!

(Datum)

(Unterschrift)

Name _____ Organisation _____

Funktion _____

Unterschrift der Organisation

Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Adresse _____

PLZ _____ Ort _____ Tel. _____

Spendet auf das Konto:

Werner Brand, Anti-Rep-Verteidigung, Commerzbank Hamburg, BLZ 200 400 00, Konto 13 48267

Wir möchten betonen, daß die Unterzeichner nicht notwendigerweise mit Einzelheiten der Erklärung des Komitees (siehe Rückseite) übereinstimmen.

Kontakt über: Hamburg (0 40) 33 17 94, Westberlin (0 30) 3 93 87 37
Einsenden an: Komitee zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit, c/o Werner Brand, Postfach 11 22 86, 2000 Hamburg 11

Liste der bisherigen Unterstützer

Antifaschistisches Plenum Saar; Wolfgang Brauer, Mitglied des Kreisvorstandes der DKP Altona*; **Dr. Peter Degkwitz**, DKP-Bezirksvorstand-Hamburg*; **Thomas Ebermann**, Hamburg; **Fanimeh Farsaie**, Schriftstellerin, Köln; **GAL-Mitgliederverammlung** Hamburg; **GAL-Universität** Göttingen; **Hermann L. Gremliza**, Herausgeber Konkret; **Dr. Ludger Heid**, Dozent für deutsch-jüdische Geschichte, Duisburg; **Marlene Koppe**, Mitglied der Deputation für Bildung der SPD Bremen*; **Matthias B. Lauer**, SAG*, SO ZDL*, Neunkirchen; **Peggy Parnass**, Schriftstellerin; **Kai Reiflin**, Vorsitzender der VVN-Altona*; **Günther Rohr**, Ortsbeirat der Grünen in Rodgau 1*; **Werner Schroeder**, Geschäftsführender Vorstand VVN-BdA Hamburg*; **Peter Schütt**, Schriftsteller; **Verein der Menschenrechte in der Türkei**, Ankara; **WESTBERLINER UNTERSTÜTZER: Alternative Liste; Andenbuch; Werner T. Angress**, emeritierter amerikanischer Professor; **Antifaschistisches Aktionsbündnis** (Moabit); **Anti-Fasist Gençlik** (Antifaschistische Jugend von Halkevi); **AusländerInnen Referat des AStA der TU Berlin; Dr. Peter Brandt**, Historiker, ÖTV*, SB*; **Buchladen am Savignyplatz; Buchladen Prinz Eisenherz; Demokratik İşçi Birliği** (Demokratischer Arbeiterbund); **Egit**, Demokrat (kurdische) Zeitschrift; **Gruppe IV. Internationale; Kurdischer Arbeiterverein** (KOMKAR); **Helmut Kusch**, SEW*; **Partiya Rizgariya Kurdistan Berlin; Alexandra Rossberg**, Hilfsstelle für ehemals rassistisch Verfolgte*; **Schwarze Rose; SEW-Kreisorganisation Tiergarten; SJV-Tiergarten; TKP/M-L (Hareketi); Dr. Gerburg Treusch-Dieter**, Dozentin; **Türkenzentrum; VVN-VdA; und viele andere mehr**

* Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

NATO-„rot“-grüner Senat in Westberlin

Frontstadt-Volksfront

In der NATO-Frontstadt Westberlin erhielten die rassistischen Republikaner 7,5 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis der Abgeordnetenwahlen wurde am 30. Januar bekanntgegeben. An dem Tag 1933 hatte Hitler die Macht ergriffen – durchs Parlament. Sobald das Ergebnis bekannt wurde, strömten Tausende von deutschen und immigrierten Arbeitern und ihre Familien, jung und alt auf die Straße und zogen mit Sprechchören zum Schöneberger Rathaus: „Nazis raus!“ Doch AL-Größe Otto Schily hält „große Wut auf die Reps“ für „unangebracht“ (*Der Spiegel*, 13. März), schließlich seien die AL/Grünen die eigentlichen „Gewinner“. In den nächsten Tagen legten SPD und Alternative Liste einen Zahn zu, um den weitverbreiteten Kampfwillen zu lähmen und die Empörung in parlamentarische Bahnen zu lenken.

Auftritt SPD/AL: Abschiebungen und Bulleneinsatz

Die Republikaner haben auf einem Zweipunkteprogramm kandidiert: hasse die „Ausländer“ und liebe die Bullen. Das Volksfront-Bündnis von SPD/AL – dem in Frankfurt wenige Wochen später eine Mehrheit von SPD/Grünen folgte – wurde verkauft als die Antwort auf die faschistische Bedrohung. Aber während die neuen „SenatorInnen“ Hände schüttelnd durch ihre neuen Amtsstuben gehen, wird massiv wie noch nie abgeschoben. Dem neuen Senat sollen durch enorm gesteigerte Abschiebungen „gesäuberte“ Gefängnisse übergeben werden, wie die ehemalige Wehrmachtkasernen am Augustaplatz.

Nur der mutigen Aktion und der Anständigkeit von Pan-Am-Piloten ist es zu verdanken, daß zwischen dem 11. und 16. März dreimal Abschiebungen verhindert wurden. Nicht abgeschoben wurden ein Pakistani, dessen offene Wunde nach einer schweren Verletzung an der Wirbelsäule noch nicht verheilt war, und ein Kurde, den man unter dem Vorwand, man fahre zum Gericht, zum Flughafen verschleppt hatte. Eine türkische Kinderärztin, die seit über sieben Jahren in einem Westberliner Krankenhaus praktiziert, mag wegen ihres Berufes vielleicht Glück haben: Westberlin hat nämlich die höchste Säuglingssterblichkeit in Europa. Das völlig ungewisse Schicksal von solchen Flüchtlingen ist jetzt nur ein Joker in der Hand des

„rot-grünen“ Senats. Der Normalfall laut Koalitionsvereinbarung: „Bei negativem Abschluß des Asylverfahrens sind die Betroffenen zur Ausreise verpflichtet.“

Auch Jugendliche, die keinen Job, keine Ausbildungschancen oder keine Wohnung finden, haben von dieser Regierung nichts Gutes zu erwarten. Die „Koalitionsbesoffenheit“ verlor vier Tage nach der Wahl, als der Senat erklärte, er werde eine Reihe besetzter Häuser polizeilich räumen lassen, die monatelang (eins sogar seit 40 Jahren) leer gestanden hatten. Am 21. März kam der massive Bulleneinsatz, mit Äxten und schwerem Gerät. Die Jugendlichen hatten eigentlich nur „Schaumstoffknüppel“ erwartet, aber der Polizeiterror erteilte ihnen schnell eine Lehre über Illusionen in die „Alternativen“. SPD-Chef Momper bemerkte, die Alternativen hätten soeben einen „Volkshochschulkurs in Sachen Regierungsfähigkeit“ absolviert (*Der Spiegel*, 27. März).

„Rot-Grün“ bedeutet auch eine Front gegen die Arbeiter. Das kapitalistische „Schaufenster des Westens“ ist eine Stadt am Tropf, mit einem scharf polarisierten rassistischen Klima sowie krisenhafter Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Die Metallarbeiter von Bosch, Siemens, AEG und SEL, mit ihrem wichtigen Bestandteil an Immigranten, kämpfen gegen die stückweise Schließung ganzer Fabriken und machen Druck auf die DGB-Führung, gegen die Faschisten vorzugehen. Die deutschen und immigrierten Arbeiter, die Jugend, alle, die in dieser verrotteten Stadt erdrückt werden, brauchen die politisch unabhängige Aktion der organisierten Arbeiterbewegung: Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu stoppen, Fabrikbesetzungen, um die Schließungen zu stoppen! Stoppt die Abschiebungen! Die Arbeiterbewegung muß für volle Staatsbürgerrechte der Immigranten kämpfen!

„Linker“ Nationalismus

Als Momper mit den Senatorensesseln lockte, kam der AL schnell die Erleuchtung über seine „drei Essentials“ des Kalten Kriegs. Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols heißt nicht nur „liebe deinen Bullen“, im Stil der SPD-Kampagne. Westberlin ist ein imperialistischer Vorposten auf dem Gebiet des ostdeutschen Arbeit-

terstaats, der von der Sowjetunion geschützt wird. Wer die „entmilitarisierte“ Frontstadt verwalten will, der muß auch die Grundlage dafür anerkennen – die Militärpräsenz der imperialistischen Alliierten und die Integration von Westberlin und Westdeutschland.

Das Bündnis der SPD mit AL/Grünen hat die Funktion, eine Generation, die der SPD verlustig gegangen ist, wieder heimzuführen und an die herrschende Klasse zu ketten. Und der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus macht es möglich. Das Jahrzehnt von Schmidt/Genscher war eine Periode des erstarkenden Imperialismus. Innenpolitisch war sie gekennzeichnet durch Lohnstopps, die Stammheim-Schauprozesse gegen die RAF, Hexenjagd auf die Linke und Abschiebungen von Immigranten. Die berüchtigte Westberliner Polizei wurde von der SPD aufgebaut. Unter Brandt und Schmidt wurde die



„Rote fordern ...“? Stalinistische SEW marschiert für Volksfront-Bündnis auf der Basis von NATO-Frontstadt, Bullenterror, deutschem Nationalismus und rassistischen Abschiebungen

Bundeswehr zur NATO-Macht Nr. 1 in Europa, gleichzeitig entwickelte Westdeutschland in Zusammenarbeit mit Südafrika Atomwaffen. Nach zwei Weltkriegen, die sie verlor, benötigte die deutsche Bourgeoisie für die Remilitarisierung einen pazifistischen Deckmantel – die SPD und die „extreme“ Linke lieferten ihn. Wie Trotzki sagte, predigt die Sozialdemokratie den Pazifismus in Zeiten des Friedens, um die arbeitende Bevölkerung angesichts des imperialistischen Kriegs zu entwarnen.

Die SPD-Ostpolitik ist ein Versuch, Osteuropa durch wirtschaftliche Durchdringung

und ökonomischen Druck aufzuweichen, gleichzeitig schürt sie einheimische Kräfte zur Konterrevolution in den Arbeiterstaaten. In Polen assistiert Solidarność der SPD (die meisten Linken trabten hinterher), in der DDR beackern die Grünen lieber die von der Luther-Kirche organisierte „Friedens“-bewegung, mit der sie seit Jahren Provokationen starten. Ostpolitik ist genauso Teil der Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus wie die Entwicklung einer Atombombe.

Die Grünen sind keine „Alternative“ zur SPD. Im Gegenteil, ohne die SPD wären sie undenkbar. Die kleinbürgerliche Studentenbewegung, aus der die Grünen stammen, entstand an der Peripherie der SPD. Sie brach nie mit dem von der SPD getragenen Nationalismus und sank, weil es keine revolutionäre Strömung gab, unter maoistischer Vorkherrschaft immer tiefer in den antisowjetischen Sumpf. Die Liste der Grünen-Führer liest sich wie ein Verzeichnis maoistischer Gruppen aus den 70er Jahren. Bei den Massendemonstrationen der „Friedens“-bewegung Anfang der 80er Jahre gingen die Grünen mit dem pazifistischen Nationalismus hausieren. Die maoistische Theorie der „Supermächte“ mündete zusammen mit dem wieder aufsteigenden deutsch-nationalistischen Neutralismus in „grüne“ Politik. Früher forderten die Grünen noch den Aus-

tritt aus der NATO. Doch dies ist für die deutsche Bourgeoisie nicht hilfreich – besonders in Westberlin, wo sie ihr „hartes Gesicht nach Osten“ zeigt. Denn angesichts der enormen Macht des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats ist sie frustriert und steckt heute in Strategie-Debatten mit ihren NATO-Verbündeten, die sie doch braucht. Bei den Grünen geben Schily und der Realoflügel jetzt den Ton an, die Fundis sind über die NATO realo geworden. Wie der *Spiegel* schreibt: „In der Außenpolitik soll der alte Streit um die Westbindung endgültig begraben werden. Wir

Fortgesetzt auf Seite 9

1984 Hunderttausende von Arbeitern für die 35-Stunden-Woche. Dabei wurde die westdeutsche Autoindustrie dichtgemacht, und die Kapitalisten konnten den Streik nicht niederschlagen. Aber die Bürokraten verkauften den Kampf aus, um die anhaltenden Massenentlassungen zu verwalten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist auf das Abstellgleis gelenkt worden, bis in die 90er Jahre hinein den Arbeitstag höchstens um ein paar Minuten pro Jahr zu verkürzen. Und nur die privilegiertesten Arbeiter kriegen das, große Teile der Arbeiterschaft gehen leer aus. Nötig ist ein aggressiver Frontalangriff auf die Arbeitslosigkeit, der einen Teil der „kleinen“ Leute am Rande gewinnen kann und allen Arbeitern zugute kommt. Aber das erringt man nicht durch den Kaffeeklatsch zwischen Betriebsrat und Boß, sondern durch Streikposten.

Die Arbeiter, besonders die kämpferischen

eingewanderten Arbeiter, brauchen harten Klassenkampf, um zu gewinnen. Rheinhausen zeigte die Entschlossenheit der Arbeiterklasse. Was sie braucht, sind Programm und Führung. Keine weiteren Entlassungen! Für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit! Die vorhandene Arbeit muß auf alle Hände verteilt, die Arbeitswoche daran angepaßt werden – bei vollem Lohn! Dies muß verbunden werden mit massiven Programmen öffentlicher Arbeiten bei gewerkschaftlich festgelegtem Lohn – für öffentlichen Wohnungsbau, der niedrige Mieten, gute Qualität und rassistisch integrierte Wohnviertel garantiert! Dies verlangt mehr als einen gewerkschaftlichen Kampf um Löhne und Arbeitszeit. Notwendig ist ein revolutionärer Kampf um die Macht, der Kampf für eine wirkliche Planwirtschaft, die auf der entschädigungslosen Enteignung der Kapitalistenklasse durch eine revolutionäre Arbeiterregierung basiert.

Eine leninistische Avantgardepartei muß geschmiedet werden, die als Volkstribun agiert. Nieder mit jeglicher Diskriminierung bei der Arbeit, bei Wohnungen und Sozialleistungen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Recht auf Asyl für alle Flüchtlinge vor reaktionärem Terror! Keine Abschiebungen! Bullen raus aus den Immigranten-Wohnvierteln! Auflösung von Polizei-Sondereinheiten und Bundesgrenzschutz! Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen! Kostenlose medizinische Versorgung von

höchster Qualität! Milliarden für Aids-Forschung und Aids-Opfer! Bullen, Richter und Pfaffen raus aus dem Schlafzimmer – gegen jede Diskriminierung von Homosexuellen! Weg mit den Paragraphen 218/219! Weg mit allen Anklagen gegen Dr. Theissen und alle Opfer der Memminger Hexenjagd! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch für alle Frauen, einschließlich Immigranten und Minderjährige!

Die Faschisten schlachten die Teilung Deutschlands aus, um für antikommunistischen Revanchismus zu rekrutieren. Für proletarischen Internationalismus – für die Verteidigung von UdSSR und DDR gegen Imperialismus und innere Konterrevolution! Frei nach Karl Liebknecht: Keinen Menschen und keinen Pfennig für die Bundeswehr! Für revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und politisch-proletarische Revolution im Osten, als Teil der Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa.

Nur die reformistische Degeneration der Arbeitermassenparteien hat das Überleben dieses von der Geschichte verurteilten Gesellschaftssystems ermöglicht. In seinem Zerfall kann es wieder einmal nur Nazismus und imperialistischen Krieg hervorbringen. Der Kampf gegen faschistischen Terror ist untrennbar von dem Kampf für eine neue proletarische Führung, eine leninistisch-trotzkistische Partei, die mit dem Programm der sozialistischen Weltrevolution bewaffnet ist. ■

Freiheit für die RAF-Hungerstreikenden!

Trotzkistische Liga Deutschlands

An den Bundesminister der Justiz, Bonn

Hamburg, den 27. März 1989

Die brutale Isolationshaft der Hungerstreikenden der RAF verletzt jeglichen Standard menschlicher Anständigkeit. Die Handlungen, für die die RAF-Unterstützer inhaftiert wurden, waren Angriffe auf Symbole des mörderischen Imperialismus und daher keine Verbrechen gegen die arbeitende Bevölkerung. Die jahrelange Einkerkung in den berüchtigten „Hochsicherheitstrakten“ Westdeutschlands stellt jedoch Staatsterrorismus dar, der sich gegen die gesamte Bevölkerung richtet, wie durch die Berufsverbote und durch Gesinnungsgesetzgebung wie den Paragraphen 129/129a belegt wird. Besonders angesichts der brutalen und dubiosen Umstände, unter denen so viele ihrer Genossen hinter den Mauern dieser Verliese umgekommen sind, fordern wir die sofortige Freilassung der RAF-Gefangenen. Abschaffung der Berufsverbote und der Paragraphen 129/129a! Freiheit für die RAF und alle linken politischen Gefangenen!

KONTAKTADRESSEN

Hamburg: Spartakist
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 33 17 94

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 3 93 87 37

Wie wird der Nationalsozialismus

Der bedrohliche Durchbruch der Republikaner und der NPD bei den Wahlen stellt die Frage in den Vordergrund: Wie kämpfen gegen die Nazis? An Hitlers Triumph war nichts Unabwendbares. Er war die Konsequenz der kriminellen Untätigkeit der Parteien der deutschen Arbeiterklasse, der kommunistischen (KPD) wie der sozialdemokratischen (SPD). Nachfolgend drucken wir gekürzt Leo Trotzki „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“ ab, einen 1931 geschriebenen Artikel, der sich besonders an die KPD richtet. Gegründet auf die Erfahrungen der Russischen Revolution, wie sie von der frühen Kommunistischen Internationale aufgearbeitet wurden, ist er einer der vielen Artikel Trotzki, die die leninistische Taktik der Einheitsfront verfechten. Die Einheitsfront wurde von Lenin und Trotzki nie als ein parlamentarischer Block oder als Nichtangriffspakt angesehen. Angewandt auf Deutschland, war sie für Trotzki das Mittel, die Arbeitermassen in der Aktion gegen Hitlers Banden zu vereinigen und die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer konservativen, prokapitalistischen Führung zu brechen.

Die Untätigkeit der SPD-Führung angesichts der faschistischen Gefahr kam nicht überraschend. Nachdem sie im Ersten Weltkrieg den deutschen Imperialismus unterstützt hatten, entfesselten SPD-Führer wie Scheidemann und Noske die Freikorps, Vorläufer von Hitlers Brauhemden, um Liebknecht und Luxemburg zu ermorden und die deutsche Revolution in Blut zu ertränken. Aber der Marsch der Nazis an die Macht drohte, die eigentliche Basis der SPD zu zerstören: die organisierte Arbeiterklasse. Thälmanns KPD befand sich fest auf Stalins Zickzackkurs der „Dritten Periode“. Einerseits versuchte sie, mit den Nazis in nationalistischer Demagogie zu konkurrieren, andererseits brandmarkte sie die SPD als „Sozialfaschisten“. Ihre leere Prahlerei: „Nach Hitler wir“ drückte lediglich ihre defätistische Perspektive aus, daß die Machtergreifung der Faschisten nicht verhindert werden könnte.

Konfrontiert mit dem Sieg Hitlers, nahm die Dritte Internationale Stalins die klassenkollaborationistische Politik der Zweiten Internationale an. Unter der Rubrik „Volksfront“ wurde

der Spanische Bürgerkrieg von der Komintern erwürgt. Francos Sieg ermutigte Hitler nur noch mehr zu seinem Kriegskurs. Trotz der Tatsache, daß Stalin das Offizierskorps der Roten Armee zerstörte und auf seinen Pakt mit Hitler blind vertraute, waren es die sowjetischen Arbeiter und die Rote Armee, die das Nazi-Regime zerschlugen und Europa vom Alptraum der Nazi-Herrschaft befreiten. Doch Hitlers Zahlmeister konnten in Westdeutschland wieder ihren Geschäften nachgehen – selbstverständlich unter der Protektion der imperialistischen „Demokratien“.

Stalins Erben im Kreml greifen jetzt die „Dritte-Periode“-Politik der KPD an, und das nicht nur, um die „Volksfront“ zu rehabilitieren. Einige von Gorbatschows Ideologen haben in der Zeitung Sputnik (November 1988, in der DDR jetzt verboten) selbst die „Große Spaltung“ zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus in Frage gestellt. Wenn es also möglich wäre, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen, dann wäre vielleicht die ganze Dritte Internationale ein Fehler gewesen, und Luxemburg und Liebknecht hätten in der Partei von Noske und Scheidemann bleiben sollen. Gleichzeitig richten Thälmanns Erben einen selbstmörderischen Appell an das westdeutsche Reich – das Nazi-Kriegsverbrechern Unterschulpschlupf gewährt, während es gegen Linke eine Hexenjagd veranstaltet –, die Faschisten zu „verbieten“.

Der Kampf gegen die Nazis wird nicht an den Wahlen entschieden, sondern auf der Straße, wo sie vor allem die immigrierten Arbeiter im Fadenkreuz haben. Wie Trotzki in seinen dringenden Aufrufen Anfang der 30er Jahre betonte: Um die faschistischen Banden zu zerschlagen, bevor sie erstarken, ist es notwendig, die organisierte Macht der Arbeiterbewegung zu mobilisieren. Der Sieg der Nazis 1933 war die endgültige, grauenhafte Konsequenz der Krise der proletarischen Führung. Die Lösung dieser Krise ist entscheidend, um sicherzustellen, daß es nicht wieder passiert. In diesem Sinn haben Trotzki's Schriften über den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland nichts von ihrer ursprünglichen Bedeutung und Dringlichkeit verloren.

Bürgerkrieg, den die Faschisten vorbereiten und auslösen.

Kann man auch nur eine Minute annehmen, daß Hitler und seine Berater dies nicht begreifen und voraussehen? Das hieße, sie für Dummköpfe halten. Es gibt kein größeres Verbrechen in der Politik, als auf die Dummheit eines starken Feindes zu hoffen. Kann aber Hitler nicht übersehen, daß der Weg zur Macht durch grausamsten Bürger-

stischen Partei, sondern ihren wahrhaften politischen Bankrott. Eine schmachliche Niederlage gegen Banden von menschlichem Staub – das würde das Vielmillionenproletariat Deutschlands der Kommunistischen Internationale und ihrer deutschen Sektion niemals verzeihen. Die Machtergreifung durch die Faschisten würde daher höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen revolutionären Partei be-



Polizei Angriff während des „Blutmai“, Berlin 1929. SPD-Regime verbot Maidemonstrationen, erschoss 33 Arbeiter

krieg hindurchführt, so heißt das, daß seine Reden vom friedlichen, demokratischen Weg eine bloße Tarnung sind, eine Kriegslist. Umso mehr heißt es, die Augen offen zu halten.

Was verbirgt sich hinter Hitlers Kriegslist?

Sein Kalkül ist ganz einfach und leicht zu durchschauen: er will den Gegner durch die langfristige Perspektive des parlamentarischen Wachstums der Nazis einschläfern, um in einer günstigen Minute den Todesstoß gegen den eingeschlaferten Widersacher zu führen. Durchaus möglich, daß Hitlers Verbeugungen vor dem demokratischen Parlamentarismus überdies helfen sollen, in der nächsten Zeit irgendeine Koalition herzustellen, in der die Faschisten die wichtigsten Posten erlangen und sie wiederum für den Staatsstreich ausnützen würden. Denn es ist vollkommen klar, daß die Koalition, sagen wir – zwischen Zentrum und Faschisten, nicht eine Etappe zur „demokratischen“ Lösung der Frage wäre, sondern eine Stufe zum Staatsstreich unter den für die Faschisten günstigsten Bedingungen.

Man muß auf kurze Sicht anlegen

Das alles bedeutet, daß die Lösung – sogar unabhängig vom Willen des faschistischen Stabes – im Laufe der nächsten Monate, wenn nicht Wochen eintreten muß. Das ist von gewaltiger Bedeutung für die Ausarbeitung der richtigen Politik. Läßt man zu, daß die Faschisten in zwei, drei Monaten die Macht ergreifen, so wird im nächsten Jahr der Kampf mit ihnen zehnmal schwerer sein als in diesem. Alle auf zwei, drei, fünf Jahre im voraus berechneten revolutionären Pläne werden sich als klägliches und schmachliches Geschwätz erweisen, läßt die Arbeiterklasse im Laufe der nächsten zwei, drei, fünf Monate die Faschisten an die Macht kommen. Der zeitliche Kalkül ist bei Kriegsoperationen wie bei der Politik in revolutionären Krisen von entscheidender Bedeutung.

Ja, würden die Faschisten wirklich die Macht erobern, so bedeutete dies nicht nur die physische Zerschlagung der Kommuni-

deuten und aller Wahrscheinlichkeit nach auch einer neuen Internationale. Das wäre eine furchtbare historische Katastrophe. Aber heute annehmen, all das sei unvermeidlich, können nur wahrhafte Liquidatoren, die sich unter dem Deckmantel hohler Phrasen in Wirklichkeit daranmachen, feige noch vor dem Kampf und ohne Kampf zu kapitulieren. Mit dieser Auffassung haben wir Bolschewiki-Leninisten, die von den Stalinisten „Trotzkisten“ genannt werden, nichts gemein.

Wir sind unerschütterlich davon überzeugt, daß der Sieg über die Faschisten möglich ist – nicht nach ihrer Machtergreifung, nicht nach fünf, zehn oder zwanzig Jahren ihrer Herrschaft, sondern jetzt, unter den gegebenen Bedingungen, in den kommenden Wochen und Monaten.

Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich

Zum Sieg braucht man eine richtige Politik. Das heißt, man braucht vor allem eine Politik, die auf die gegenwärtige Lage berechnet ist, auf die heutige Kräftegruppierung, und nicht auf die Lage, die in ein, zwei oder drei Jahren eintreten soll, wenn die Machtfrage längst schon entschieden sein wird.

In der Tat geht in dem am 29. November veröffentlichten Aufruf zur „Roten Einheitsfront“ das Zentralkomitee der KPD von dem Gedanken aus, daß man den Faschismus nicht besiegen kann, ohne zuvor die Sozialdemokratie besiegt zu haben. Den gleichen Gedanken wiederholt Thälmann in seinen Artikeln in allen Tonarten. Ist dieser Gedanke richtig? Im historischen Maßstab ist er unbedingt richtig. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß man mit seiner Hilfe, das heißt durch seine bloße Wiederholung, die Tagesfragen lösen kann. Ein vom Standpunkt der revolutionären Strategie im ganzen richtiger Gedanke schlägt in Lüge um, übersetzt man ihn nicht in die Sprache der Taktik. Ist es richtig, daß man zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Elend den Kapitalismus vernichten muß? Richtig. Aber nur der letzte Dummkopf kann daraus die Folgerung ziehen, daß wir nicht schon heute aus allen Kräften gegen jene Maßnahmen kämpfen müs-

Brief an einen deutschen Arbeiter-Kommunisten, Mitglied der KPD

– von Leo Trotzki –

Deutschland durchlebt gegenwärtig eine jener großen historischen Stunden, von denen das Schicksal des deutschen Volkes, das Schicksal Europas und in bedeutendem Maße das Schicksal der ganzen Menschheit auf Jahrzehnte hinaus abhängt. Setzt man eine Kugel auf die Spitze einer Pyramide, so kann ein geringer Anstoß sie nach links oder rechts hinabrollen lassen. Das ist die Lage, der sich Deutschland mit jeder Stunde nähert. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge nach rechts hinabrollen und der Arbeiterklasse den Rücken zerschmettern. Es gibt Kräfte, die wünschen, die Kugel möge sich auf der Spitze halten. Das ist eine Utopie. Die Kugel kann sich auf der Pyramidenspitze nicht halten. Die Kommunisten wollen, die Kugel möge nach links hinabrollen und dem Kapitalismus den Rücken zerschlagen. Aber wollen ist wenig, man muß können. Versuchen wir nochmals ruhig zu überlegen: ist die Politik, die gegenwärtig vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands getrieben wird, richtig oder falsch?

Was will Hitler?

Die Faschisten wachsen sehr schnell. Die Kommunisten wachsen gleichfalls, aber bedeutend langsamer. Das Wachstum der äußersten Pole beweist, daß sich die Kugel auf der Pyramidenspitze nicht halten kann. Das rasche Anwachsen der Faschisten bringt die Gefahr, daß die Kugel nach rechts hinabrollen kann. Das ist eine gewaltige Gefahr.

Hitler beteuert, er sei gegen den Staatsstreich. Um die Demokratie ein für alle Mal

zu erdrosseln, will er sozusagen nicht anders als auf demokratischem Wege zur Macht gelangen. Kann man dem ernstlich Glauben schenken?

Gewiß, könnten die Faschisten damit rechnen, bei den nächsten Wahlen auf friedlichem Wege die absolute Mehrheit zu erlangen, würden sie diesen Weg vielleicht sogar bevorzugen. In Wirklichkeit aber ist dieser Weg für sie undenkbar. Es ist albern, zu meinen, die Nazis würden unbegrenzt lange Zeit ununterbrochen so wachsen, wie sie jetzt wachsen. Früher oder später müssen sie ihr soziales Reservoir erschöpfen. Der Faschismus vereint in sich so furchtbare Widersprüche, daß der Moment kommen muß, wo die Ebbe die Flut ablöst. Dieser Moment kann eintreten, lange bevor die Faschisten mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigt haben. Halt machen werden sie nicht können, denn sie werden keine Wahl mehr haben. Sie werden gezwungen sein, auf den Umsturz zuzugehen.

Aber auch unabhängig davon ist den Faschisten der demokratische Weg abgeschnitten. Das ungeheure Anwachsen der politischen Widersprüche im Lande und die Räuberagitation der Faschisten werden unvermeidlich dazu führen, daß, je näher der Faschismus der Mehrheit kommt, um so mehr sich die Atmosphäre erhitzen wird und um so mehr sich die Zusammenstöße und Kämpfe ausbreiten werden. In dieser Perspektive ist der Bürgerkrieg absolut unvermeidlich. Die Frage der Machtergreifung durch die Faschisten werden folglich nicht Abstimmungen entscheiden, sondern der

geschlagen?

sen, mit deren Hilfe der Kapitalismus das Elend der Arbeiter vergrößert.

Läßt sich hoffen, daß die Kommunistische Partei in den nächsten Monaten sowohl die Sozialdemokratie als auch den Faschismus niederwirft? Kein normal denkender Mensch, der lesen und rechnen kann, würde eine solche Behauptung riskieren. Politisch steht die Frage so: kann man jetzt, im Lauf der kommenden Monate, d. h. bei Existenz einer zwar geschwächten, aber immer noch (zum Unglück) sehr starken Sozialdemokratie, dem Faschismus siegreichen Widerstand leisten? Darauf antwortet das Zentralkomitee verneinend. Mit anderen Worten: Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich.

Nochmals: die russische Erfahrung

Um meinen Gedanken möglichst klar und konkret vorzuführen, komme ich nochmals auf die Erfahrung mit dem Aufstand von Kornilow zurück. Am 26. August (alten Stils) des Jahres 1917 führte General Kornilow ein Kosakenkorps und eine „wilde“ Division gegen Petrograd. An der Macht stand Kerenski, Lakai der Bourgeoisie und zu drei Vierteln Kornilows Bundesgenosse. Lenin befand sich in Illegalität wegen der Anklage, im Dienste der Hohenzollern zu stehen. Der gleichen Anklage wegen saß ich während jener Tage in einer Einzelzelle des Kresty-Gefängnisses. Wie gingen die Bolschewiki in dieser Lage vor? Auch sie hatten ein Recht zu sagen: „Um die Kornilowade zu besiegen, muß man die Kerenskiade besiegen.“ Sie hatten dies mehr als einmal gesagt, denn das war richtig und notwendig für die gesamte weitere Propaganda. Aber das war vollkommen unzureichend, um am 26. August und in den darauffolgenden Tagen Kornilow Widerstand zu leisten und ihm zu wehren, das Petrograder Proletariat abzuschlachten. Daher begnügten sich die Bolschewiki nicht mit einem allgemeinen Aufruf an die Arbeiter und Soldaten, mit den Versöhnern zu brechen und die Rote Einheitsfront der Bolschewiki zu unterstützen. Nein, die Bolschewiki schlugen den Menschewiki und Sozialrevolutionären eine einheitliche Kampffront vor und schufen mit ihnen gemeinsame Kampforganisationen. War das richtig oder falsch?

Das Unglück besteht gerade darin, daß sich die Führer der deutschen Kommunistischen Partei auf den gleichen Boden gestellt haben wie die Sozialdemokratie, bloß mit umgekehrtem Vorzeichen: die Sozialdemokraten stimmen für Brüning, indem sie ihn



EVA

Anton Grylewicz, vor 1933 Herausgeber der trotzkistischen Zeitung Permanente Revolution

als kleineres Übel anerkennen. Die Kommunisten aber, die Brüning und Braun in jeder Weise das Vertrauen verweigern (und das ist vollkommen richtig gehandelt), gingen auf die Straße, um Hitlers Volksentscheid zu unterstützen, das heißt den Versuch der Faschisten, Brüning zu stürzen. Damit aber haben sie selbst Hitler als das kleinere Übel anerkannt, denn der Sieg des Volksentscheids hätte nicht das Proletariat an die Macht gebracht, sondern Hitler.

Es geht nicht um die Arbeiter, die die Sozialdemokratie verlassen haben, sondern um jene, die in ihr verharren

Die Tausende von Noskes, Wels und Hilferdings ziehen letzten Endes den Faschismus dem Kommunismus vor. Aber dazu müssen

sie sich endgültig von den Arbeitern lösen. Heute ist das noch nicht so. Heute gerät die Sozialdemokratie als Ganzes, bei all ihren inneren Widersprüchen, in scharfen Konflikt mit den Faschisten. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Konflikt auszunützen, und nicht darin, die Widersacher gegen uns zu vereinigen.

Die Front muß jetzt gegen den Faschismus gerichtet werden. Und diese für das ganze Proletariat gemeinsame Front des direkten Kampfes gegen den Faschismus muß man für den von der Flanke geführten, darum aber nicht minder wirksamen Kampf gegen die Sozialdemokratie ausnützen.

Man muß in der Tat die völlige Bereitschaft zeigen, mit den Sozialdemokraten einen Block gegen die Faschisten zu bilden, wo immer sie sich darauf einlassen. Sagt man den sozialdemokratischen Arbeitern: „Werft Eure Führer beiseite und schließt Euch unserer ‚parteilosen‘ Einheitsfront an“, so fügt man tausend anderen nur eine weitere hohle Phrase hinzu. Man muß verstehen, die Arbeiter in der Wirklichkeit von den Führern loszulösen. Die Wirklichkeit aber ist jetzt – der Kampf gegen den Faschismus.

Es gibt und wird zweifellos sozialdemokratische Arbeiter geben, die bereit sind, Hand in Hand mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Faschisten zu kämpfen, unabhängig vom Willen und sogar gegen den Willen der sozialdemokratischen Organisationen. Mit solchen fortschrittlichen Elementen muß man selbstverständlich möglichst enge Bindungen herstellen. Aber sie sind vorderhand nicht von großer Zahl. Der deutsche Arbeiter ist erzogen im Geist von Organisation und Disziplin. Das hat seine starken und schwachen Seiten. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter will gegen die Faschisten kämpfen, aber – vorwiegend noch – nicht anders als gemeinsam mit ihrer Organisation. Diese Etappe läßt sich nicht überspringen. Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, in der Praxis – in der neuen, außergewöhnlichen Situation – zu überprüfen, was ihre Organisationen und Führer wert sind, wenn es um Leben und Tod der Arbeiterklasse geht.

Man muß der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten aufzwingen

Das Unglück besteht darin, daß es im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei viele erschrockene Opportunisten gibt. Sie haben gehört, daß der Opportunismus sich in der Vorliebe für Bündnisse zeigt, darum sind sie gegen Blocks. Sie begreifen nicht den Unterschied zwischen, sagen wir, parlamentarischen Abkommen und einer – selbst noch so bescheidenen – Kampfvereinbarung für einen Streik oder Schutz von Arbeiterdruckereien vor faschistischen Banden.

Wahlabkommen, parlamentarische Vereinbarungen, die zwischen der revolutionären Partei und der Sozialdemokratie abgeschlossen werden, dienen in der Regel zum Vorteil der Sozialdemokratie. Praktische Vereinbarungen über Massenaktionen, über Kampfziele sind immer zum Nutzen der revolutionären Partei. Das Anglo-Russische Komitee war eine unzulässige Art der Blockbildung zweier Spitzen, auf gemeinsamer politischer Plattform, unbestimmt, trügerisch, zu keinerlei Aktion verpflichtend. Die Aufrechterhaltung dieses Blocks in der Zeit des Generalstreiks, wo der Generalrat eine Streikbrecherrolle versah, bedeutete seitens der Stalinisten, eine Verräterpolitik zu führen.

Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen! Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinsky. Unter einer Bedingung: man darf sich nicht die eigenen Hände binden!

Ohne Verzug muß endlich ein praktisches System von Maßnahmen ausgearbeitet wer-



ohne Bildnachweis

Januar 1932: Hitlers SA marschert ungehindert auf das Karl-Liebknecht-Haus, KPD-Zentrale in Berlin. „Nach Hitler wir“ war leere Prahlerei der KPD

den – nicht mit dem Ziel der bloßen „Entlarvung“ der Sozialdemokratie (vor den Kommunisten), sondern mit dem Ziel des tatsächlichen Kampfes gegen den Faschismus. Die Frage des Betriebsschutzes, der freien Tätigkeit der Betriebsräte, der Unantastbarkeit der Arbeiterorganisationen und -einrichtungen, der Waffenlager, die von den Faschisten geplündert werden können, Maßnahmen für den Fall der Gefahr, die Koordinierung der Kampfhandlungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Abteilungen usw. müssen in dieses Programm aufgenommen werden.

Im Kampf gegen den Faschismus kommt den Betriebsräten gewaltige Bedeutung zu. Hier ist ein besonders genaues Aktionsprogramm notwendig. Jeder Betrieb muß ein antifaschistisches Bollwerk werden, mit eigenen Kommandanten und eigenen Kampfmannschaften. Man muß eine Karte der faschistischen Kasernen und der übrigen faschistischen Herde in jeder Stadt, in jedem Bezirk haben. Die Faschisten versuchen, die revolutionären Zentren zu umzingeln. Die Umzinger müssen umzingelt werden. Auf diesem Boden ist ein Übereinkommen mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur zulässig, sondern Pflicht. Darauf aus „prinzipiellen“ Erwägungen verzichten (in Wirklichkeit aus bürokratischer Dummheit oder noch ärger: aus Feigheit), heißt direkt und unmittelbar dem Faschismus zu helfen.

Vollkommene Unabhängigkeit der kommunistischen Organisation und Presse, vollkommene Freiheit der kommunistischen Kritik, auch der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften gegenüber. Nur verächtliche Opportunisten können eine Einschränkung der Freiheit der Kommunistischen Partei zulassen (z. B. im Wege des Eintritts in die Kuomintang). Wir zählen nicht zu ihnen.

Nichts zurücknehmen von unserer Kritik an der Sozialdemokratie. Nichts vergessen von dem, was war. Die gesamte historische Rechnung, darunter auch die Rechnung für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wird eines Tages präsentiert werden, so wie auch die russischen Bolschewiki letzten Endes den Menschewiki und Sozialrevolutionären die Generalabrechnung für Hetze, Verleumdung, Verhaftung, Mord an Arbeitern, Soldaten und Bauern präsentiert haben.

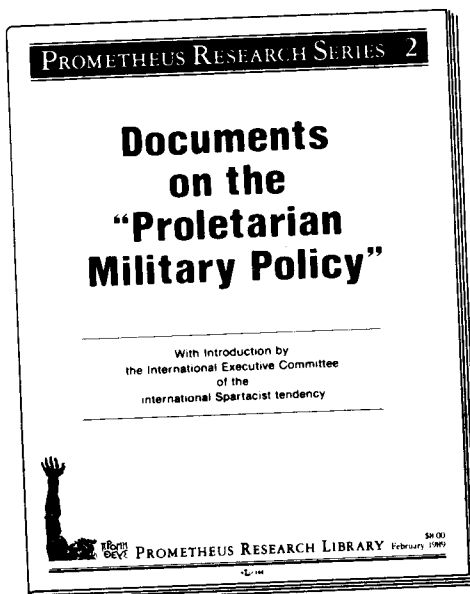
Aber wir haben unsere Generalabrechnung präsentiert, zwei Monate nachdem wir die Teilabrechnung zwischen Kerenski und Kornilow, zwischen „Demokraten“ und Faschisten, dazu benutzt hatten, die Faschisten umso sicherer zurückzuschlagen. Nur darum haben wir gesiegt.

Aber diesen Sieg muß man wollen. Es gibt unter den kommunistischen Funktionären nicht wenige feige Karrieristen und Bonzen, denen ihr Plätzchen, ihr Einkommen teuer ist und mehr noch – ihre Haut. Diese Leute sind sehr geneigt, mit ultraradikalen Phrasen zu prunken, hinter denen sich kläglicher und verächtlicher Fatalismus verbirgt. „Ohne Sieg über die Sozialdemokratie kann man sich mit dem Faschismus nicht schlagen!“, sagt so ein schrecklicher Revolutionär, und aus diesem Grund ... besorgt er sich einen Reisepaß.

Arbeiter-Kommunisten, Ihr seid Hunderttausende, Millionen; Ihr könnt nirgendwohin wegfahren, für Euch gibt es nicht Reisepässe genug. Wenn der Faschismus an die Macht kommt, wird er wie ein furchtbarer Tank über Eure Schädel und Wirbelsäulen hinwegrollen. Rettung liegt nur in unbarmherzigem Kampf. Und Sieg kann nur das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen. Eilt, Arbeiter-Kommunisten, Ihr habt nicht mehr viel Zeit!

8. Dezember 1931

Soeben erschienen!



DM 15,- (101 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Postgirokonto Ffm 1 19 88-601

Die Prometheus Research Library, Archiv und Bibliothek des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., hat Dokumente über die „Proletarische Militärpolitik“ (PMP) herausgegeben. Diese Broschüre in Englisch umfaßt eine Auswahl an Dokumenten der trotzkistischen Gruppierungen in den USA, Britannien und Frankreich während des Zweiten Weltkriegs wie auch eine Einleitung, die eine wesentliche programmatische Erklärung des Internationalen Exekutivkomitees der internationalen Spartacist Tendenz ist: „Trotskyist Policies on the Second Imperialist War – Then and In Hindsight“.

Die PMP, eine Reihe von Forderungen, die sich um den Aufruf für Gewerkschaftskontrolle der militärischen Ausbildung gruppieren, wurde von Leo Trotzki 1940 aufgestellt und im folgenden von der amerikanischen Socialist Workers Party (SWP) angenommen. Die PMP war zum großen Teil ein fehlergerichteter Versuch, in den alliierten imperialistischen Ländern, die vor dem Einmarsch und der Besetzung durch Hitlers Armee standen, die antifaschistische Stimmung der proletarischen Massen aufzugreifen. Die iST vertritt den Standpunkt, daß die PMP bestenfalls utopisch war – und mitten in einem eskalierenden innerimperialistischen Krieg notwendigerweise eine sozialpatriotische Stoßrichtung hat. Die Einleitung bestätigt Trotzki's Position, daß revolutionärer Defätismus gegenüber den imperialistischen Mächten und militärische Verteidigung der Sowjetunion die Politik der internationalen Avantgarde des Proletariats bleibt, das mit der Drohung eines dritten Weltkriegs konfrontiert ist.

Pamjat...

Fortsetzung von Seite 3

lenbruder, dem damaligen Moskauer Parteichef Boris Jelzin verlangte, lud Jelzin sie ein zu einer zweistündigen Diskussion und lobte ihren „Patriotismus für unser Vaterland“. Heute sagt Jelzin: „Pamjat fing als etwas Interessantes an und wurde dann zum Übel.“ Pamjat verbarg anfangs dürtig seinen fanatischen antisemitischen großrussischen Chauvinismus mit einer Politur „patriotischer“ Sorge um die Erhaltung alter Denkmäler und Kirchen.

Die russisch-orthodoxe Kirche war das organisierende Zentrum für Pogrome und Konterrevolution; auf dieses „Gedächtnis“ (Pamjat auf russisch) erheben diese Faschisten Anspruch, und sie werden offiziell ermutigt. Die *New York Times* (22. Februar) berichtete über ein Kirchen„konzert“ am 16. Februar in Moskau, „bei dem über 3000 Leute Gott und das vorrevolutionäre Rußland feierten“ und es den größten Beifall des Abends gab, als der Schriftsteller Konstantin Kowaljew die alte Nationalhymne pries: „Gott schütze den Zaren“. Die *Times* kommentierte: „Unter Herrn Gorbatschow hat sich der Staat arrangiert, mit größerer religiöser Freiheit und mit Versprechungen, vernachlässigte russische Denkmäler zu restaurieren, wenigstens einige russische Patrioten für sich zu gewinnen...“ Letzten April traf sich Gorbatschow mit der russisch-orthodoxen Heiligen Synode in Moskau, das erste Mal seit Stalin 1943, daß sich ein sowjetischer Führer mit der Kirchenhierarchie getroffen hat! Die offizielle Regierungsfeier zum 1000. Jahrestag der Kirche im Juni heizte den russisch-nationalistischen Obskurantismus an.

Die widersprüchlichen Strömungen, die unter Glasnost aufgetaucht sind und jetzt innerhalb der stalinistischen Bürokratie und der sowjetischen Gesellschaft im allgemeinen toben, spiegeln sich in den zwei Demonstrationen wider, die am 5. März, Stalins Todestag, in Moskau stattfanden. Während eine Demonstration, mit der der halboffizielle Denkmalsverein die Opfer von Stalins Terror ehrte, Tausende anzog, legte Pamjat einen Kranz an Stalins Grab nieder – und versammelte sich dann bei einem Denkmal für die zaristischen Soldaten, die 1878 Bulgarien von der türkischen Herrschaft „befreit“ hatten. Während der Denkmalsverein Mittel sammelt, um ein Denkmal für die Opfer von Stalins Terror zu errichten, sammelt Pamjat Gelder, um Zar Nikolas II. ein Denkmal zu errichten.

Die Intellektuellen und Technokraten, die für Gorbatschows Perestroika die Basis darstellen, trachten danach, den westlichen Imperialismus zu beschwichtigen und ihm nachzueifern. Ihre Gegner schlagen Kapital aus der weitverbreiteten Empörung über die Aussicht, zu immer weiter um sich greifender Profitmacherei und Massenarbeitslosigkeit zurückzukehren, sie verweisen zurück auf die Tage der „Ordnung“ unter Stalin und auf ein „Großrußland“, in dem die Juden, Armenier und anderen nichtrussischen Nationalitäten, die in Gorbatschows Gefolge eine besonders wichtige Rolle spielen, wußten, „was sich für sie gehört“. Letzten November war Moskau der Schauplatz eines früher undenkbar öffentlichen Symposiums über Trotzki. Dort erinnerten die Verwandten von alten



YIVO-Institut

Bolschewistische Revolution säuberte Rußland von Schwarzhunderter-Reaktion. Selbstverteidigungseinheit jüdischer Arbeiter in Odessa, April 1918

Bolschewiki wie Joffe, Pjatnitski und Antonow-Owssejenko an den Stalinterior und an den Heroismus der Linken Opposition. Aber das Symposium selbst wurde zum Ort einer grausigen Demonstration von Judenhetze durch Pamjatanhänger, die, wie *Le Monde* (22. November 1988) berichtete, „es bekanntmachen wollten, daß dieser Trotzki genau einer der Juden war, die die Revolution erfanden, um Mutter Rußland zu töten“. Was in den Debatten, die heute in der Sowjetunion toben, auf jeder Seite fehlt, ist gerade der Internationalismus von Lenins und Trotzki's Bolschewiki, der aufräumte mit der finsternen Unterdrückung durch das zaristische „Vaterland“ und seine Orthodoxe Kirche, die Pamjat wiedereinsetzen will.

Beschützer ganz oben

Wenigstens im Augenblick appelliert Pamjat an die Interessen derjenigen Elemente in der Bürokratie, die gegen Gorbatschows Liberalisierung und die „neue Freizügigkeit“ sind, und dient ihnen auch. Es ist ein offenes Geheimnis, daß ein Teil der Leningrader Parteiführung Pamjat fördert. Zuerst tauchte Pamjat 1979 unter den Fittichen des mächtigen Ministeriums für die Luftfahrtindustrie auf, und laut der Zeitung *Sobesednik* zählt es einen Armeegeneral zu seinen Mitgliedern (*Washington Post*, 19. Februar). Als sie letzten Sommer ihre Demonstrationen in Leningrad abhielten, wurde „ein Mob faschistischer Schlägertypen des Pamjatvereins“ mit einem Plakat gesehen, auf dem stand: „Grüße an Nina Andrejewa! Hurra!“ (*Moscow News*, 11. September 1988 – alle Zitate aus der englischen Ausgabe). Der „Brief von Nina Andrejewa“, hinter dem, wie man annimmt, Gorbatschows Hauptgegner in der Führung steht, der soeben degradierte Jegor Ligatschow, hatte die „Exzesse“ von Glasnost angeprangert und besonders die Angriffe auf Stalin.

Am 23. Januar sponserten die Zeitschriften *Moskwa*, *Molodaja Gwardija* und *Roman-Gazeta*, die an den primitivsten russischen Nationalismus appellieren, eine Veranstaltung in Moskau, die effektiv eine Kundgebung gegen *Ogonjok* war. Nach einem Bericht des liberalen Dichters Jewgeni Jewtuschenko in *Moscow News* (12. Februar) „war der Saal dekoriert mit der Parole: ‚Die Pamjat-Bewegung wird gewinnen‘, und mit einem roten Banner, auf dem Hammer und Sichel durch St. Georg den Siegreichen ersetzt war“, der „bei den Schwarzhundertern ein Symbol für Pogrome war“. Auf einem weiteren Banner von Pamjat war zu lesen: „Nein zu wurzellosen Kosmopoliten“ – das beschwört die Erinnerung an Stalins antisemitische Säuberungen Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre herauf.

„Ich erinnerte mich“, schrieb Jewtuschenko, „an eine Versammlung zu Hitlers Geburtstag auf dem Puschkin-Platz vor ein paar Jahren“. 1982 ließ sich eine Handvoll russischer Nazis auf Moskaus Puschkin-Platz blicken, um Hitlers Geburtstag zu „feiern“; sofort stürzten sich Hunderte von Studenten und jungen Sportfans auf sie. Doch während Jewtuschenko Pamjat für dessen Antisemitis-

mus verurteilt, warnt dieser „Dichter des Möglichen“ davor, „die Organisation mit Gewalt aufzulösen und selbsternannte ‚Gesetzesorgane‘ zu benutzen“, und er versucht, mit „denjenigen, die russischen Patriotismus monopolisieren möchten“, um das Banner des Nationalismus zu konkurrieren.

Sowjetische Arbeiter müssen Pamjat zerschlagen!

Was mit Pamjat zu tun ist, ist eine brennende Frage geworden. Letzten Sommer veröffentlichte und unterstützte *Iswestija* einen Appell von 59 Leningrader Akademikern, der die Verhaftung von Pamjats Führern verlangte. Zur gleichen Zeit brachte *Moscow News* einen Bericht des Schriftstellers Waleri Woskoboinikow, der Pamjats Kundgebun-

Gorbatschow mit dem russisch-orthodoxen Patriarchen Pimen. Kreml-Bürokratie versöhnt sich aus eigennützligen nationalistischen Gründen mit religiösem Obskurantismus



Der Spiegel

gen in Leningrad brandmarkte. Woskoboinikow und seine Familie erhielten eine Anzahl von telefonischen Morddrohungen, als der „Leningrader Rat der Nationalpatriotischen Front“ eine Abschußliste verteilte, die seinen Namen enthielt; gleichzeitig riefen andere Flugblätter, unterzeichnet mit „Pamjat-Vätern“, zu den Methoden des „Partisanenkrieges“ gegen Opponenten auf. Als Antwort forderte *Moscow News* (30. Oktober 1988) die Behörden auf, Pamjat strafrechtlich zu verfolgen wegen Verstoßes gegen sowjetische Gesetze, die rassistische Agitation verbieten. Nach mehreren Monaten „Ermittlung“ entlastete der Leningrader Bevollmächtigte (Bezirksanwalt) die Faschisten von der Anklage, Gewalt und Extremismus zu befürworten. Pamjats Demonstrationen hatten so wie die offizielle Erlaubnis der höchsten Stellen in Leningrad, und sie fanden unter den Augen der Polizei statt, die nur *Anti-Pamjat*-Demonstranten schikanierten oder verhafteten.

Nachdem viele Sowjetbürger in den letzten paar Jahren einen Geschmack von relativ freier öffentlicher Debatte bekommen haben, befürchten sie zweifellos, daß jede Maßnahme der Bürokratie gegen Pamjat auch gegen sie gewendet werden wird. Ein Leserbrief der Leningrader Journalistin Anna Ossipowa in *Moscow News* (13. November 1988) erkannte, daß „ich vielleicht morgen eingesperrt werde, wenn heute Pamjat-Vertreter

eingesperrt werden“. Aber Ossipowa widersprach dem Herausgeber Jegor Jakowlew, einem führenden Gorbatschow-Anhänger, weil der die offizielle Toleranz gegenüber Pamjat als einen Bestandteil von Glasnost rechtfertigte, und sie bestand darauf: „Widerstandslosigkeit gegenüber dem Übel ist dessen fruchtbarster Boden.“

Unter einer gesunden Diktatur des Proletariats, wie die bolschewistische Macht unter Lenin und Trotzki, würden die gesellschaftlichen Bedingungen, die Pamjat und seinesgleichen erzeugen, nicht existieren, und jeder faschistische Abschaum, der auftaucht, würde sofort unterdrückt werden. Aber die stalinistische Bürokratie fürchtet das unabhängige Handeln des Proletariats weit mehr als Pamjat. Die nationalistische Bürokratie kann nicht damit betraut werden, Pamjat zu unterdrücken, sondern massenhafte und entschlossene Demonstrationen der sowjetischen Werktätigen können und müssen diese einheimische Hitlersche Bedrohung ausschalten und damit die Behörden vor vollendete Tatsachen stellen. Zur Zeit der Pamjat-Provokationen in Leningrad letzten Sommer schrieben wir:

„Für jeden dieser Pamjat-Faschisten gibt es Dutzende und Hunderte von Arbeitern, Studenten, Veteranen und Jugendlichen im Militärdienst, die die Faschisten hassen und die nur zu gern an einem Donnerstag in den Rumjanzew-Park kommen würden, um den russischen Nazis eine Lektion zu erteilen. Wer kann daran zweifeln, daß eine einzige kämpferische Demonstration von 50 000 wütenden Leningrader, die angemessen darauf vorbereitet sind, sich zu verteidigen, die hinkommen, um vor den Augen von Pamjat *Nazi-Hakenkreuzfahnen zu verbrennen*, die bereit sind, diese Nazis in die nahe gelegene Newa zu jagen oder in die Kanäle zu treiben, daß eine solche Demonstration Pamjat den Garaus machen würde?“

Als der amerikanische faschistische Ku Klux Klan versuchte, am 5. November letzten Jahres in Philadelphia eine Provokation von Rassenhetze zu inszenieren, berichtete

TASS (6. November 1988) korrekt, daß eine „massive antirassistische Demonstration stattfand auf dem Platz der geplanten“ faschistischen Demonstration, behauptete aber fälschlicherweise, daß die Demonstration „die Verabschiedung von Bundesgesetzen verlangte, die den KKK illegal machen“. Das ist eine reformistische Vorstellung, der die amerikanische Kommunistische Partei nachjagt. Deren Idee von Kommunismus ist, auf die kapitalistische Demokratische Partei Druck auszuüben, die rassistische amerikanische herrschende Klasse soll dazu überredet werden, „den Klan zu verbieten“. Das marxistische Partisan Defense Committee (PDC), eine klassenkämpferische, nichtsektiererische rechtliche Verteidigungsorganisation, die mit den politischen Ansichten der trotzkistischen Spartacist League übereinstimmt, initiierte die erfolgreiche Einheitsfrontaktion – basierend auf der Macht der Arbeiterklasse –, um *den Klan zu stoppen*; und Revolutionäre waren der Schlüssel für die Mobilisierung. Die KP wollte nichts damit zu tun haben (obwohl sie sich später an der vom PDC initiierten Aktion gegen den Klan-Mann David Duke in Chicago beteiligte).

Für leninistischen Internationalismus!

Die stalinistische Bürokratie greift die alten Traditionen des russischen Nationalis-

Women and Revolution

International Women's Day 1989

Labor Must Defend Abortion Rights!

WOMEN'S LIBERATION SOCIALIST REVOLUTION!

Abonniert!

Interview with Bill Baird
Fighter for Women's Right to Abortion...

West Germany: Hundreds Picked to Anti-Abortion Witchhunt
High Wages: Soviet Women Combat Prices Fought Near Germany
Smash Islamic Reaction! No to the Veil! Battle for Algeria!

Black Freedom, Women's Rights and the Civil War...18

Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

3 Nummern: DM 10,- (Luftpost)
DM 7,- (Seepost)

Zu beziehen über die Kontaktadresse

Einzelpreis DM 2,-

mus auf unter dem Deckmantel des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ und weist den leninistischen Internationalismus zurück. Damit entwarf sie bestenfalls die sowjetischen Massen politisch angesichts der einheimischen faschistischen Reaktion, und manchmal überschneidet sie sich auf gefährliche Weise mit ausgemachten großrussischen Reaktionen. Bei seiner mörderischen Kampagne, die bolschewistisch-leninistische Linke Opposition unter der Führung von Leo Trotzki zu zerschlagen, käute Stalin die antisemitischen Aufrufe der konterrevolutionären Weißen Garden wieder, die Trotzki als die Personifizierung des „Juden-Bolschewismus“ malten. Jahre später, nach dem Zweiten Weltkrieg, initiierte Stalin mehrere Säuberungen, die unter dem Deckmantel, „Zionismus“ und „Kosmopolitismus“ zu bekämpfen, gegen Juden gerichtet waren. Die letzte dieser Säuberungen, gegen die sogenannte „Ärzteverschwörung“, wurde durch den Tod des Tyrannen 1953 vorzeitig abgebrochen.

Heute treffen sich Stalin-Verehrer und Zar-Verehrer auf der gemeinsamen Basis, den aus Georgien stammenden „Großrussifizierer“ zu amnestieren, indem sie alle seine Verbrechen auf einen von Stalins jüdischen Kumpanen schieben, auf Lasar Kaganowitsch. Ebenso vermeidet es Pamjat, den Russen Lenin anzugreifen (obwohl russisch-nationalistische Kreise anscheinend darüber tuscheln, ob Lenin zu einem Achtel jüdisch war), und konzentriert sich auf die „korrupten“ Juden wie Trotzki und Kamenjew, von denen er umgeben war. Tatsächlich kritisiert das vom CIA finanzierte Journal *Glasnost* Pamjat dafür, daß es mit seinem virulenten Antisemitismus einem konsequenteren Antikommunismus den Weg verbaut. Aber Pamjat ist kaum kryptostalinistisch, für Pamjat ist der Marxismus von Grund auf eine jüdische Verschwörung.

Stalins Verherrlichung von konterrevolutionärem Chauvinismus wurde zur logischen Schlußfolgerung gebracht durch einen unbedeutenden Sowjetdiplomaten namens Butenko, der 1938 zu Mussolinis faschistischem Italien überlief, und später von General Andrej Wlassow, einem sowjetischen Offizier, der von den Deutschen gefangen genommen wurde und dann eine Armee von russischen „Freiwilligen“ aufstellte, um Hitler an der Ostfront zu dienen. Aber um die gleiche Zeit, als sich Butenko von der Bürokratie in Richtung Faschismus absetzte, sagte sich Ignaz Reiss los, ein heroischer Nachrichtenoffizier beim sowjetischen Militär, und zwar in die Richtung des Bolschewismus, indem er sich für die Vierte Internationale erklärte. Reiss wurde kurz darauf von Stalins Attentätern entführt und ermordet. Trotzki verwies auf die „Fraktion Butenko“ und die „Fraktion Reiss“ als plastischen Beweis für den Doppelcharakter der nationalistischen bürokratischen Kaste: diese entriß 1924 durch eine politische Konterrevolution den sowjetischen Arbeitern die politische Macht und sitzt seitdem wie ein Parasit auf den kollektivierten Grundlagen des Arbeiterstaates, der durch die Oktoberrevolution geschaffen wurde.

Während eine Reiss-Fraktion in der Sowjetunion erst noch entstehen muß, beginnen die Umriss einer konterrevolutionären Butenko-Fraktion bereits Gestalt anzunehmen. Neben dem Aufstieg der modernen Wlassow-Typen von Pamjat hat Gorbatschows Perestroika den schlimmsten antisozialen Abschaum an die Oberfläche gebracht. Die zahlreiche Vermehrung von „Genossenschafts“-läden und -restaurants, die sich in Privatbesitz befinden, hat zu einem starken Anstieg (oder wenigstens zu einem mehr öffentlichen Auftauchen) von Finanzspekulation und organisierter krimineller Tätigkeit, auch von Schutzgelderpressungen, geführt. Die Zeitung *Moskowski Komsomolez* berichtete vor kurzem über die Verbreitung von organisiertem Verbrechen unter Jugendlichen: „In jeder höheren Schule ... gibt es Teenager-Gangster, die Pornographie, Radios, Videogeräte, Tonbandkassetten, Kleidung und Kosmetika verkaufen“ (*Washington Post*, 12. Februar).

Gorbatschows Förderung von marktwirtschaftlicher Konkurrenz und einer Mentalität des Kampfes aller gegen alle hat auch nationalistische Bewegungen angeheizt unter den ökonomisch weiter fortgeschrittenen Nationalitäten wie in Armenien und in den baltischen Republiken. Diese sehen in Perestroika eine Gelegenheit, aus der zentralisier-

Protest gegen Nazi-Brandanschlag

Trotzkistische Liga Deutschlands

An den Karl-Marx-Buchladen, Frankfurt
Hamburg, den 20. März 1989

Liebe Freunde,

wir sind empört über den faschistischen Brandanschlag auf Euren Buchladen. Dieser Anschlag folgt auf den Wahlerfolg der Naziparteien in Westberlin und Frankfurt. Die Täter nahmen dabei bewußt in Kauf, daß Menschenleben in anliegenden Wohnungen gefährdet waren. Heinrich Heine sagte vor über 100 Jahren: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“

Der Anschlag zeigt die tödliche Entschlossenheit der Naziterroristen. Sie müssen gestoppt werden durch die Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten und Minderheiten.

Mit solidarischen Grüßen
Fred Zierenberg



ten Wirtschaft auszubrechen und sich auf Kosten ihrer ärmeren Nachbarn, wie den Aserbaidschanern und selbst den Russen, zu verbessern. Tatsächlich gäbe es keinen Platz für eine russisch-nationalistische Massenbewegung, wenn Sowjetrußland das „Reich des Bösen“ wäre, wie es Reagan und der CIA-Haufen, der von „gefangen gehaltenen Nationen“ redet, ausmalen, wenn es nämlich die nicht-russischen Nationalitäten einfach ausbeuten und herunkommandieren würde. Auf seine eigene brutale, bürokratische Art war Stalin durchaus ein Gleichmacher, was die Lebensbedingungen der verschiedenen sowjetischen Nationalitäten betrifft. Heute demonstrieren Litauer und Esten zu Zehntausenden unter der Fahne der bürgerlichen Republiken der Zwischenkriegszeit, die Bastionen für den Pogromismus und Antikommunismus der Weißen Garden waren. Gleichzeitig sind Armenien und Aserbaidschan von mörderischem Bruderhaß zerrissen, und Demonstranten in Aserbaidschan tragen Plakate mit Chomeinis Bild. Jetzt flakert nationalistische Agitation woanders auf, auch in der Ukraine, der größten nicht-russischen Republik in der Sowjetunion.

Aber die gesellschaftliche Kraft, die sich in Gorbatschows Rußland erst noch durchsetzen muß, ist das Proletariat, die treibende Kraft der Oktoberrevolution. Die sowjetischen Werktätigen haben von Perestroika nichts zu gewinnen, und viele haben gegenüber Gorbatschow ihre Unzufriedenheit klar gemacht. Eine Anzahl von Streiks hat im letzten Jahr stattgefunden, und während die Ladenregale immer leerer werden, wächst die Unzufriedenheit. Außerdem hat die Regierung zwar Bände über Bände an defätistischer Propaganda wie am Fließband produziert, um den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu rechtfertigen; doch viele sowjetische Bürger weigern sich, die Lüge zu akzeptieren, daß ihre Söhne, Brüder und Ehemänner ihr Leben gelassen haben für „Rußlands Vietnam“. Die Afghani - zurückgekehrte Veteranen der Roten Armee, die mit ihren eigenen Augen gesehen haben, daß zwischen dem Land der Oktoberrevolution und dem benachbarten Afghanistan Jahrhunderte gesellschaftlichen Fortschritts liegen - gehören zu den „informellen Gruppen“, die am besten organisiert sind und am schnellsten wachsen; und für sie hat „internationalistische Pflicht“ eine lebendige Bedeutung.

Die multinationale sowjetische Arbeiterklasse muß nachdrücklich ihre unabhängigen Interessen wieder geltend machen, die weder in den westlich orientierten „Markt-reformen“ von Gorbatschow liegen noch in einer Rückkehr zum hirnrüssigen großrussischen Chauvinismus der dunklen Vergangenheit, sondern im Kampf für die internationale sozialistische Revolution. Die Oktoberrevolution öffnete die Tore der Emanzipation für die Arbeiter und Bauern von Rußland, für die Juden und die nicht-russischen Nationalitäten des zaristischen Völkergefängnisses. Es ist dringend nötig, zum Weg Lenins und Trotzki zurückzukehren. Das erfordert eine proletarische politische Revolution, die die Bürokratie zertrümmert und

das rote Banner des revolutionären Internationalismus wieder im Kreml aufpflanzt. Die Zerschlagung von Pamjat als eine notwendige Maßnahme der Selbstverteidigung der sowjetischen Völker wird ein Schritt sein auf diesem Weg. Wir schreiben in einer Fremdsprache, aus dem Ausland. Dringend notwendig ist eine entsprechende organisatorische Kraft in der Sowjetunion selbst, nicht zuletzt, um Pamjat zu bekämpfen.

Nach Workers Vanguard
Nr. 473, 17. März 1989

Frontstadt...

Fortsetzung von Seite 5

bleiben in der Nato, so Schily, „und machen alles, was unterhalb dieser Schwelle möglich ist“ (13. März).

Die „Koalitionsvereinbarungen“ von SPD/AL vereinigen sämtliche nationalistischen Flügel, von den Neutralisten à la Bernd Köppl und Oberstleutnant a. D. Alfred Mechttersheimer bis zu den Realnationalisten à la Otto Schily und Joschka Fischer, unter dem Stichwort „Deutschlandpolitik“:

„Berlin (West)“ (sic!) „gehört zur Europäischen Gemeinschaft... Diese Entwicklung“ (1992) „birgt für Berlin (West) das Risiko einer Randlage im westeuropäischen Wirtschaftsraum; sie birgt aber auch die Chance für die Stadt, Schamier eines größeren Europas zu sein. Denn der Kontinent endet nicht an der Elbe... Der Senat von Berlin wird Gespräche mit den drei Mächten aufnehmen, um einen Abbau des Besatzungsrechts und eine weitestgehende Übertragung von Kompetenzen an deutsche Organe zu erreichen.“ (*taz berlin*, 11. März)

Mit dieser Position ist die AL „regierungsfähig“ für die Große Koalition!

Wo Republikaner-Führer Schönhubers verbale Äußerungen in Sachen Neutralismus nur markigere Sprüche sind, z. B. wenn er gegen den „Wodka-Imperialismus“ und den „Coca-Cola-Imperialismus“ wettet, da ist es kein Wunder, daß die Grünen/AL die Infamie besitzen, mit diesem Abschaum zu debattieren. Sie denken, daß der Faschismus nur „schlechte Ideen“ darstellt - sprich „schlecht“ verkaufter Nationalismus - und daß nur sie und die SPD den Alleinvertretungsanspruch „deutscher Interessen“ haben sollten. Heidi Bischoff-Pflanz sagt: „Wir setzen uns mit ihnen“ (den Republikanern) „politisch auseinander, mit ihren Programmpunkten“ (*Schöneberger Stichel*, März). Als die Westberliner AL noch nicht Teil der Grünen Partei war, unterhielten die Grünen einen eigenen Landesverband in Konkurrenz zur AL, dessen Vorstand aus Nazis bestand. Erst bei der Fusion mit der AL lösten die Grünen das Nazi-Nest auf. In der braunen ÖDP des Grünen-Mitbegründers Gruhl tummeln sie sich heute.

Nach einer tätlichen Auseinandersetzung mit den Republikanern in der Weddinger Bezirksversammlung, als Antifaschisten festgenommen und gegen ihren Willen fotografiert

wurden: „Ein Abgeordneter der AL Wedding mußte nichts Besseres, als sich für diese Aktion ... bei den REPs zu entschuldigen“ (*Die Wahrheit*, 23. März). Wie der in die Jahre gekommene „Sponti“ Daniel Cohn-Bendit sagte: „Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft“. Heute belohnen die Faschisten Cohn-Bendit - der im hessischen Wahlkampf wütendem Antisemitismus ausgesetzt war - mit einem Brandanschlag auf den Frankfurter Karl-Marx-Buchladen. Die Sprache der Faschisten ist Terror.

Revolutionäre Führung

Acht Jahre rassistischer Austerität, repressiver Polizeimaßnahmen und Korruption haben die gesamte CDU diskreditiert, wie ihre empfindlichen Wahlniederlagen nicht nur in Westberlin, sondern auch in Frankfurt zeigen. Doch die SPD richtete sich erst auf eine Koalition mit den Grünen ein, nachdem die CDU - die Partei Kewenigs und Lummers in Westberlin und des rassistischen Demagogen Brück in Frankfurt - den Annäherungsversuchen der SPD, d. h. einer Großen Koalition, einen Korb gegeben hatte. Die SPD, die wegen ihrer treuen Dienste für den deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg schon von Rosa Luxemburg ein „stinkender Leichnam“ genannt wurde, ist mit dem Alter nicht besser geworden. Sie hält weiterhin die Arbeiterklasse in ihrem Würgegriff, besonders durch ihre Kontrolle über die mächtigen Gewerkschaften.

Arbeitslosigkeit, Ausbildungsmangel und Wohnungsnot in Westberlin werden weder durch alternative Werkstätten noch durch mehr Almosen aus Bonn gelöst. Der Würgegriff der SPD muß gebrochen und eine revolutionäre Führung geschmiedet werden: diese muß entschlossen sein, die soziale Macht der deutschen Arbeiterklasse zu entfesseln und nicht haltzumachen, bis sie die sozialistische Revolution zum Sieg geführt hat.

Trotz der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse in der DDR bedeuten die Errungenschaften des Kollektiveigentums und der zentralen Planung massenhaften Wohnungsbau und Vollbeschäftigung anstelle von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Diese Errungenschaften müssen gegen den Imperialismus und gegen innere Konterrevolution verteidigt werden. Wie die Trotzkistische Liga Deutschlands sagte, als Reagans General Haig 1983 die Frontstadt besuchte: „Die Verteidigung der Sowjetunion beginnt in Berlin!“

Die Trotzkisten sind in ihrer Verteidigung der Sowjetunion standhaft geblieben: dies bedeutet auch politisch-proletarische Revolution, um die Stalinisten rauszuschmeißen, die diese Verteidigung unterminieren. Deshalb treten nur wir ein für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution im Westen und politische Revolution im Osten. Ein Arbeiter-Berlin wird seinen rechtmäßigen Platz einnehmen als Hauptstadt eines Sowjetdeutschlands, industrielles Kraftzentrum der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

Abonniert!

SPARTAKIST 4

ALARM! Massenhinrichtungen von Linken

Blutiger Horror in Chomeinis Iran

12 Ausgaben einschließlich Spartacist (deutsche Ausgabe)

Inland **DM 10,-**
Ausland Seepost **DM 15,-**
Luftpost **DM 30,-**

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601

Afghanistan...

Fortsetzung von Seite 1

Regime im April 1978 Maßnahmen, die DVPA zu unterdrücken, und verhaftete deren wichtigste Führer unter der Anklage des Landesverrats. Aber die Anhänger der Partei in der Armee leisteten wirksamen Widerstand und stürzten Daud. Die sogenannte „Saur-Revolution“ war in Wirklichkeit ein linksgerichteter Militärputsch mit beträchtlicher Unterstützung durch die städtische Bevölkerung.

Die DVPA befand sich in der Situation, eine Bevölkerung von 15 Millionen Menschen zu regieren, die überwiegend auf dem Land lebte und in abgelegenen Flußtälem verstreut war. Auf lokaler Ebene teilten die Stammeshäuptlinge Macht und Land mit etwa 300 000 islamischen Mullahs, die eine privilegierte Grundbesitzerkaste bildeten. Nimmt man das Land als Ganzes, so kam ungefähr ein Industriearbeiter auf je acht Mullahs! Die Bauern fanden sich in totaler Leibeigenschaft bei den Khanen, die die Quellen für Kredit, Saatgut, Dünger und, in diesem trockenen Land, selbst für Wasser unter ihrer Kontrolle hatten. Vergiß proletarische Revolution – Afghanistan konnte nicht einmal die Grundlage bieten für weitverbreitete Bauernaufstände, wie man sie im mittelalterlichen Frankreich, Rußland und China erlebt hat.

Als die DVPA-Regierung versuchte, ein Programm von minimalen demokratischen Maßnahmen einzuführen – Landreform, Abschaffung des Brautpreises für Frauen, allgemeine Schulbildung für beide Geschlechter –, ging dies daher sofort über die gesellschaftlichen Kräfte hinaus, die die Reformen unterstützten. Die Khane und Mullahs wurden durch solche Maßnahmen, wie jungen Mädchen das Lesen beizubringen, zur Raserei getrieben: sie starteten einen reaktionären Dschihad und fingen an, Lehrer und DVPA-Aktivistinnen abzuschlachten.

Die wachsende Revolte erhielt prompte Unterstützung vom pakistanischen Regime des Militärdiktators Zia ul-Haq, der als Quartiermeister für die Vereinigten Staaten fungierte. Zia setzte die Politik seines Vorgängers Zulfikar Ali Bhutto fort, der Anfang der 70er Jahre die ultrafundamentalistische Islamische Partei von Gulbuddin Hekmatyar zu bewaffnen begonnen hatte. Das Ziel der pakistanischen herrschenden Klasse (jetzt mit Bhuttos Tochter an der Spitze, nach Zias Tod



1980 – Parade in Kabul empfängt sowjetische Truppen, die das linksnationalistische DVPA-Regime stützen

Smolan/Contact

letzten August) ist die Schaffung eines schwachen islamischen Satellitenstaats im Norden.

Zur gleichen Zeit zerfleischte sich das DVPA-Regime selbst durch mörderischen Fraktionismus und Cliquismus. Chalführer Nur Mohammed Taraki wurde von seinem ehemaligen Schützling Hafizullah Amin umgebracht. Amin wiederum wurde ermordet im Laufe der sowjetischen Intervention im Dezember 1979, die Babrak Karmal, den Führer der Partscham-Fraktion, einsetzte. Nur fünf der Parteiführer von April 1978 entkamen dem Schicksal, in den folgenden paar Jahren von ihren „Genossen“ getötet, ins Gefängnis geworfen oder ins Exil getrieben zu werden. Eine immer kleinere Gruppe von modernisierenden Intellektuellen stand einer reaktionären Massenrevolte

Nachfolgend drucken wir einen Brief des Partisan Defense Committee an die Regierung Afghanistans ab, der eine konkrete Unterstützung im Kampf gegen die mörderischen, reaktionären Mudschaheddin anbietet. In dem Brief wird die Organisation einer internationalen Brigade vorgeschlagen, um bei der Verteidigung der afghanischen Völker gegen die feudalistischen Terroristen des CIA zu helfen. Als wir mit Vertretern der afghanischen Regierung über den Brief sprachen, dankten sie uns für diese Initiative, wiesen aber darauf hin, daß sie eine solche Maßnahme zur Verteidigung des Landes derzeit nicht für notwendig erachten.

Westberlin, 7. Februar 1989

An den Botschafter der Demokratischen Republik Afghanistan

Sehr geehrter Herr Botschafter,

jetzt, wo der Rückzug der Roten Armee abgeschlossen ist, befürchten wir, wie Sie, daß in Afghanistan der elementare soziale Fortschritt in großer Gefahr ist. Das Recht von Frauen, lesen zu lernen, die Freiheit vom Schleier, Freiheit von der Tyrannei der

gegenüber.

Erst die sowjetische Militärintervention vom Dezember 1979 eröffnete den Weg zur Befreiung der afghanischen werktätigen Massen. Truppen nach Afghanistan zu schicken, auch wenn es nur halbherzig durchgeführt wurde, war die einzige eindeutig anständige und fortschrittliche Tat des korrupten und konservativen Breschnjew-Regimes, und es ging dem reaktionären stalinistischen Dogma des „Sozialismus in einem Land“ gegen den Strich. Wir schrieben damals:

„Es ist klar, daß die Seite, auf der Revolutionäre in dieser Auseinandersetzung stehen, die der Roten Armee ist. Obwohl militärisch überflüssig, wäre es nur natürlich, wenn junge Linke überall auf der Welt sich enthusiastisch einer internationalen Brigade anschließen wollten, um die

Für internationale militärische Unterstützung der afghanischen Regierung!

Mullahs und Landbesitzer, die Einführung der medizinischen Versorgung und das Recht aller auf Schulunterricht – bevor dies alles in Blut ertränkt wird, sehen wir uns herausgefordert, unsere Hilfe anzubieten. Deshalb macht das Partisan Defense Committee das dringliche Angebot, eine internationale Brigade zu organisieren, um bis auf den Tod für die Verteidigung dieser Rechte in Afghanistan zu kämpfen. Freiwillige würden natürlich unter Ihrer Kontrolle und Leitung handeln.

Das Partisan Defense Committee ist eine klassenkämpferische Verteidigungsorganisation, die durch militante Marxisten in der ganzen Welt unterstützt wird, von denen viele mit der internationalen Spartacist Tendenz verbunden sind.

Mit diesem Angebot versprechen wir, alle Aspekte der Agitation, Propaganda und Rekrutierung zu übernehmen, die dafür notwendig sind, Kräfte aufzustellen und die Kampagne bekanntzumachen. Die Kräfte würden international rekrutiert werden unter unzufriedenen progressiven Jugendlichen, linken Militanten, Freiheitskämpfern, sowie anständigen Leuten, die sich wünschen, die Zerstörung jeder Spur menschlichen Fortschritts zu verhindern,

der durch Kampf erreicht wurde. Wir versprechen weiter, selbst für den Transport zu sorgen zu einer angemessenen Zwischenstation. Es wird erwartet, daß internationale Kämpfer Ausrüstung am Ort beschaffen.

Von der afghanischen Regierung würden wir die Kosten für den Flug von der Zwischenstation nach Kabul und im Kampfgebiet Verpflegung und militärische Anleitung erwarten.

Kapitalistische Regierungen, die die Präsenz der Roten Armee in Afghanistan heuchlerisch verurteilen, fliehen jetzt aus Kabul, außer sich bei der Aussicht auf einen voll entbrannten Bürgerkrieg, der diese Stadt zu erreichen droht. Sie verlassen heute ihre Botschaften in der Hoffnung, nach dem Sieg der feudalistischen Mudschaheddin zurückzukehren. Das darf nicht passieren!

Wir hoffen leidenschaftlich, daß Sie dieses Angebot der Unterstützung annehmen, das wir im ausgeprägten Bewußtsein der internationalistischen Pflicht machen. Wir sehen Ihrer baldigen Antwort sehr gern entgegen.

Mit brüderlichen Grüßen
Fred Zierenberg

von. Die meisten waren entsetzt über die Rückständigkeit, Armut und grauenhafte Unterdrückung, die sie in einem Land mit ansehen mußten, das so nahe bei ihrer Heimat liegt. Ein tadschikischer Soldat aus der Sowjetunion erzählte in den ersten Kriegstagen einem westlichen Reporter: „Die meisten von ihnen gingen gern hin, um zu helfen – es ist ein sehr rückständiges Land, und schließlich sind wir Nachbarn“ (*New York Times*, 11. April 1980).

Die sowjetischen Soldaten in Afghanistan waren im allgemeinen stolz darauf, ihre internationalistische Pflicht zu tun, doch hatte die Kremlbürokratie sie nicht aus internationalistischer Verpflichtung dorthin geschickt. Wie wir einige Monate später schrieben:

„Natürlich hat die konservative Bürokratie im Kreml ihre 100 000 Soldaten nach Afghanistan nicht entsandt, um die soziale Revolution durchzuführen, sondern einfach um einen instabilen, strategisch wichtigen Klientenstaat abzusichern... Es ist möglich, daß der Kreml mit den Imperialisten einen Kuhhandel abschließt, beispielsweise sich aus Afghanistan zurückziehen, falls die NATO ihre Entscheidung rückgängig macht, Hunderte von neuen Atomraketen in Westeuropa zu stationieren. Das wäre ein wirklich konterrevolutionäres Verbrechen gegen die Völker Afghanistans.“ („Afghanistan und die russische Frage: Feuerprobe für die Linke“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 9, Frühjahr 1981)

Imperialistisches Gezeter über „Selbstbestimmung“ Afghanistans

Fast ein Jahrzehnt lang hat die Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan die äußerste Rechte, Liberale, Sozialdemokraten und fast alle selbsternannten Linken vereinigt. Die Regierung des Demokraten Carter benutzte den sowjetischen Einmarsch, um offiziell den zweiten Kalten Krieg zu erklären. Unter Reagan stürzten sich Demokraten im US-Kongreß auf die Afghanistan-Frage, um sich als anti-kommunistisch zu profilieren. Die Unterstützung für die afghanischen „Freiheitskämpfer“ hat die liberalen Demokraten mit den Reagan-Leuten vereinigt, und genauso hat sie den größten Teil der amerikanischen und westeuropäischen Linken – Sozialdemokraten, Eurokommunisten, ehemalige neulinke Maoisten, Anhänger des „Dritten Lagers“ – mit ihren imperialistischen Herrschern vereint.

Afghanistan und die Solidarność in Polen, die einzige „Gewerkschaft“, die von Ronald Reagan geliebt wurde, waren beides zentrale Fragen, um zu definieren: auf welcher Seite stehst du im zweiten Kalten Krieg. So wurden

die hart moskautreuen Fraktionen der eurokommunistischen Parteien jeweils Afganos (Spanien), Kabulisti (Italien) und Tankies (Britannien) getauft.

Eine linke iranische Frau, Val Moghadam, die sich auf die bittere Erfahrung mit Chomeinis „Islamischer Revolution“ bezieht, schreibt konsterniert:

„Unterstützung der Linken für die Mudschaheddin ist in Europa besonders stark gewesen, wo Aktivisten von London bis Stockholm den angeblichen nationalen Befreiungskampf unterstützt haben. Ein überraschendes Merkmal dieser Unterstützung war die totale Vernachlässigung dessen, was nationale Befreiung unter islamischer Vorherrschaft für die afghanischen Frauen bedeutet. Seit der Saur-Revolution (April 1978), und in gewissem Maße sogar vorher, haben Frauen allmähliche, aber bedeutende Fortschritte bei der Ausbildung, beim Arbeitsprozeß und bei der Beteiligung am politischen Leben erreicht. In der Tat waren es gerade die von der DVPA-Regierung gestarteten Reformprojekte, die die Reaktion provozierten...“

Nach allen Berichten und Hinweisen würde ein von den Mudschaheddin beherrschtes Afghanistan noch intoleranter und repressiver sein als die Islamische Republik Iran und leidenschaftlich darauf hinarbeiten, alle Maßnahmen zurückzudrehen, die zur Gleichberechtigung der Frauen ergriffen wurden.“ (*Against the Current*, November/Dezember 1988 – Gegen den Strom)

Die Unterstützung der westlichen Linken für die afghanischen Mörder im Dienste Wa-

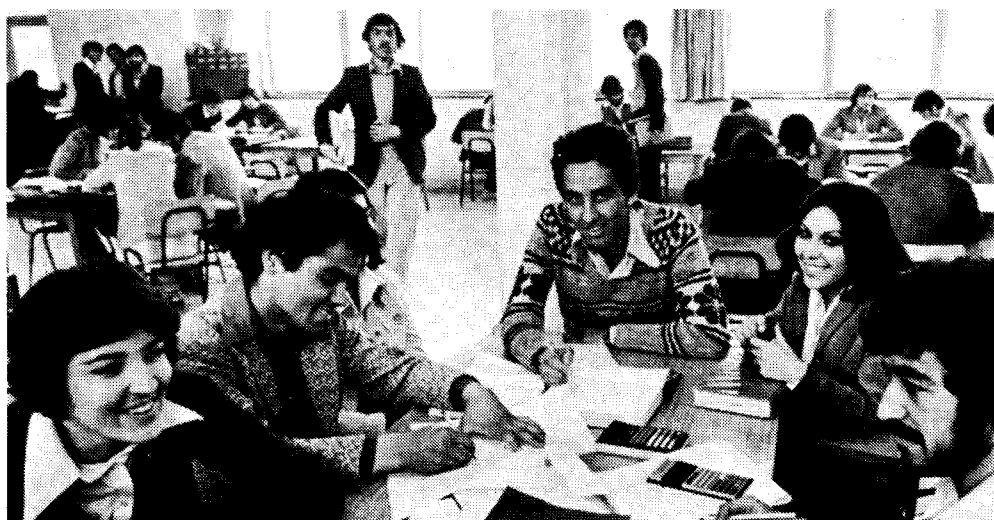


Der Spiegel

Ägyptischer Contra wurde in Bayern für Einsatz in Afghanistan ausgebildet. Westdeutscher Imperialismus bewaffnet islamische Reaktion in Afghanistan wie in Pakistan



Sobolew/TASS



Planeta Publishers

Befreiung vom Schleier und Alphabetisierung der Frauen stehen im Afghanistan-Krieg auf dem Spiel. Links: Mädchen auf dem Weg zur Schule. Rechts: Frauen stellen an der Kabuler Universität die Mehrheit der Studierenden

shingtons (und auch für Solidarność in Polen) ist Ausdruck antisowjetischer Vorurteile und bedeutet, das nationale Selbstbestimmungsrecht zum höchsten politischen Prinzip zu erheben. Seit 1917, als die Russische Revolution auf einem Sechstel des Erdballs den Kapitalismus stürzte, ist es das Hauptziel der Imperialisten gewesen, die Oktoberereignisse rückgängig zu machen und in dieser Bastion der Arbeitermacht kapitalistische Ausbeutung wieder einzuführen. Darum ist der gesamte Apparat der politischen Indoktrination in den Vereinigten Staaten und Westeuropa darauf eingestellt, Haß auf den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und Angst vor ihm zu erzeugen.

Das Standardargument des westlichen Imperialismus und von seinem Troß in der Linken lautet, „Rußland hat die nationale Selbstbestimmung Afghanistans verletzt“. Diese Anklage ist schon an sich unhaltbar. Afghanistan ist keine Nation, sondern ein auf feudaler Grundlage beruhender Staat, der sich aus einem Flickenteppich von Nationen, ethnischen Gruppen und Stammesgruppierungen zusammensetzt. Der größte Teil der Landbevölkerung hat nie unter der wirklichen Kontrolle einer zentralen Staatsmacht gelebt, sondern identifiziert sich ausschließlich mit der einen oder anderen ethnischen, Stammes- oder Sprachgruppierung. In Afghanistan bezieht sich der Begriff „Afghane“ ausschließlich auf die Paschtunen, nicht auf Hasaras, Tadschiken oder andere Völker.

Sollten die Mudschaheddin die nationalistische Regierung in Kabul stürzen, dann könnte der zweiseitige Bürgerkrieg sehr wohl zu einem Krieg von jedem gegen jeden werden. Schiitische Gruppen weigern sich jetzt schon, die sunnitische Vorherrschaft zu akzeptieren, und die rivalisierenden Mudschaheddin-Gruppen drohen, sich gegenseitig umzubringen. Wir können nur hoffen, daß sie das schnell und gründlich tun. Aber selbst wenn das Land eine homogene Nation wäre, würden Kommunisten die bewaffnete Intervention der Sowjetunion unterstützen. Das ganze Gerede über afghanische „nationale Souveränität“ ist nichts als ein Deckmantel, um die Klassen- und Kastenprivilegien der Khane, Mullahs, Landbesitzer und Geldverleiher zu verteidigen. Für Marxisten steht das Vorantreiben der *sozialen Revolution* – dazu gehört auch die Verteidigung der UdSSR gegen den kapitalistischen Imperialismus – höher als das bürgerlich-demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung.

Das Vietnam Rußlands?

Seit der sowjetischen Intervention 1979 haben die westlichen Medien Afghanistan stets das „russische Vietnam“ genannt, eine heimtückische Lüge, die jetzt vom Gorbatschow-Regime für seine eigenen Zwecke aufgegriffen wird. In Vietnam führten die USA einen völkermörderischen Krieg, um eine soziale Revolution zu stoppen, und wurden *auf dem Schlachtfeld* besiegt. Die sowjetische Armee kämpfte, um eine *Konterrevolution* zu stoppen, die die Uhr um Jahrhunderte zurückdrehen würde, sie kämpfte aber nie um den Sieg. Von Anfang an hielten sich die Kreml-Spitzen die Option eines Rückzugs offen, um mit ihr bei den Geschäften mit dem westlichen Imperialismus handeln zu können. Die USA schickten 500 000 Soldaten um die halbe Welt nach Vietnam. Die sowjetischen Führer schickten gerade 100 000 Soldaten über die Grenze nach Afghanistan.

Trotzdem hatten die Streitkräfte der So-

wjetunion und der DVPA 1984 den Krieg praktisch gewonnen. Die „Heiligen Krieger“ des CIA waren zerschlagen und demoralisiert. Und die bescheidenen Sozialreformen der DVPA gewannen Unterstützung auf dem Land, obwohl sie selbst gegenüber dem gemäßigten Programm zurückgeschraubt worden waren, das die DVPA am Anfang angeboten hatte. Ein Führer der Rebellen stellte fest: „Bisher gab es im Krieg eine Patt-Situation, aber jetzt verlieren wir allmählich die Bevölkerung... Wenn das so weitergeht, könnten wir schließlich den Krieg verlieren“ (*Chicago Tribune*, 16. November 1984).

In der Absicht, das Ruder herumzureißen, begannen die USA Anfang 1986, die Mudschaheddin mit den hochentwickelten Stinger-Raketen auszurüsten. Bald holten diese von der Schulter abgefeuerten Raketen zig sowjetische und afghanische Flugzeuge vom Himmel, auch zivile Maschinen. Sowjetische Militärflugzeuge waren für den Afghanistan-Krieg nur deshalb so entscheidend, weil der Kreml lediglich bereit war, einen *kleinen Bruchteil* seiner 5 Millionen Mann starken Streitkräfte einzusetzen. Dennoch hätten die Russen leicht mit der vorhandenen Technologie im „Stinger-Krieg“ siegen können, aber sie setzten sie nicht ein. Auch hat man nicht ernsthaft versucht, den Nachschub an



Mingam/Gamma

Mudschaheddin zerstückeln den Körper eines von Mullahs zum Tode verurteilten Mannes

Waffen zu unterbrechen, die über Pakistan von den USA geliefert wurden.

Als Gorbatschow 1985 an die Macht kam, sah er sich wirtschaftlicher Stagnation gegenüber, verschärft durch den intensivierten militärischen Druck durch Reagans Amerika. Sein innenpolitisches Programm von marktorientierten Reformen (Perestroika) war mit einer Außenpolitik der globalen Beschwichtigung verbunden. Gorbatschows dramatischste außenpolitische Initiative war es, aus Afghanistan abzuhauen.

Um dies vorzubereiten, setzte der Kreml das DVPA-Regime unter Druck, zur „nationalen Versöhnung“ aufzurufen, also zu einer Koalitionsregierung mit Teilen der Mudschaheddin. 1986 wurde der afghanische Führer Karmal gekippt, offensichtlich weil er sich der neuen Wendung widersetzte. Er wurde durch Najibullah ersetzt, der Anfang 1987 einen einseitigen Waffenstillstand verkündete und gleichzeitig fortschrittliche soziale Reformen noch weiter zurückschraubte, um nicht islamische Traditionen zu beleidigen. Für eine Koalition der DVPA mit den Mudschaheddin einzutreten hieß es etwa, in den 30er Jahren zu einer Koalition zwischen Nazis und jüdischen Linken aufzurufen. Die Mudschaheddin wollen nicht nur jeden Linken

in Afghanistan umbringen, sondern die *gesamte* gebildete städtische Bevölkerung vernichten, die sie als ungläubig ansehen.

Das Gorbatschow-Regime scheint gewillt, solch ein Blutbad hinzunehmen, wenn es notwendig ist, um die westlichen Mächte zu beschwichtigen. Eine historische Parallele ist Stalins Rückzug der Roten Armee aus dem Nordiran 1946, als er unter dem Druck des Kalten Krieges des US-Imperialismus die Demokratische Republik Aserbaidschan preisgab. Daraufhin inszenierte der Schah ein Massaker an den prosovjatischen iranischen Linken.

Um die sowjetische Bevölkerung auf die Preisgabe Afghanistans vorzubereiten, plappern Kreml-Beamte und sowjetische Medien die imperialistische Lüge nach, der Einmarsch nach Afghanistan wäre falsch gewesen, die 15 000 toten Soldaten wären dort umsonst gefallen, Afghanistan wäre Rußlands Vietnam. In einem schnoddrigen „Wir wollen mit der ganzen Sache nichts zu tun haben“-Ton berichtet die Zeitung der kommunistischen Jugend, *Komsomolskaja Prawda*, was passieren wird, wenn der sowjetische Kommandeur Generalleutnant Boris Gromow Afghanistan verläßt:

„Er wird die Grenze überschreiten, ohne sich umzusehen. Dann wird er anhalten

Regeln dieses „Spiels“. Oberstes Ziel der imperialistischen Machenschaften in dieser Gegend war jetzt die Zerschlagung des sowjetischen Arbeiterstaats und die Erschließung seines riesigen Territoriums für kapitalistische Ausplünderung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Pakistan zum wichtigsten Klienten der USA in der Region, aber Washington verlor nie den potentiellen militärischen Wert Afghanistans für einen konterrevolutionären Ansturm gegen die Sowjetunion aus den Augen. Anfang der 60er Jahre boten die USA dem afghanischen König Sahir Schah an, einen Flughafen bei Kandahar zu bauen. Das Pentagon plante insgeheim, diesen zu benutzen als „Etappenstützpunkt“, auf dem Bomber landen könnten, nachdem sie sowjetische Ziele in Sibirien oder Zentralasien angegriffen hätten“ (Henry Bradsher, *Afghanistan and the Soviet Union*, 1983).

Der US-Imperialismus will Afghanistan nicht nur in einen vorgeschobenen Militärstützpunkt verwandeln, sondern auch in einen Kanal für antikommunistische Agitation unter den Turkvölkern Sowjetzentralasiens. Vor einigen Jahren erklärte der fanatischste der Mudschaheddin-Führer, Gulbuddin Hekmatyar: „Wenn die Mudschaheddin weiterhin hartnäckig kämpfen, ist der Tag nicht fern, an dem die besetzten Gebiete von Sowjetzentralasien ebenfalls befreit werden.“ Es ist lächerlich zu glauben, daß die zentralasiatische Bevölkerung – frei von religiösem Obskurantismus und erstickender Unterdrückung, im Genuß von modernem Gesundheitswesen, Allgemeinbildung und unvergleichlich höherem Lebensstandard – sich mit einer Islamischen Republik Afghanistan zusammantun wollte.

Trotzdem hat Gorbatschows Perestroika reaktionäre nationalistische Strömungen im Kaukasus und in den baltischen Republiken angefacht. Und Zentralasien ist gewiß nicht immun dagegen. Daß sich Moskau zunehmend auf die Kräfte des Markts verläßt, hat die Tendenz, die entwickelteren Regionen des europäischen Rußland, der Ukraine und der baltischen Republiken zu *begünstigen*. Unter diesen Bedingungen könnte allturkvolkischer Nationalismus im islamischen Gewand in den zentralasiatischen Republiken an Boden gewinnen.

Die Sowjetunion steht vor einer sich vertiefenden politischen und wirtschaftlichen Krise. Der bürokratische Zentralismus der Breschnew-Ära führte zur Stagnation. Gorbatschows Perestroika wird Arbeitslosigkeit, zunehmende Ungleichheit und sich verschärfende nationale Feindseligkeiten erzeugen. International wird seine Beschwichtigungspolitik den Drang der Imperialisten nur ermutigen, die Macht und den Einfluß der Sowjetunion zurückzudrängen.

Die modernisierenden Intellektuellen Afghanistans haben Sowjetzentralasien trotz der enormen Deformationen des Stalinismus als Modell für sozialen Fortschritt angesehen. Das bolschewistische Rußland unter der Führung von Lenin und Trotzki wurde von Arbeitern und linken Intellektuellen auf der ganzen Welt, auch in den imperialistischen Zentren Nordamerikas und Europas, als Leuchtturm der sozialistischen Zukunft angesehen. Die Sowjetunion kann und muß wieder ihren rechtmäßigen Platz als Bastion des internationalen Kommunismus einnehmen, durch proletarisch-politische Revolution gegen die verräterische Kreml-Bürokratie.

Nach Workers Vanguard
Nr. 471, 17. Februar

Besiegt den Imperialismus durch kommunistischen Internationalismus!

Im 19. Jahrhundert war Afghanistan ein Schachbrett, auf dem das „Große Spiel“ zwischen dem zaristischen Rußland und Großbritannien ausgefochten wurde. Aber 1917 änderte die bolschewistische Revolution die

SPARTAKIST

Stoppt die Republikaner! Zerschlagt die Nazi-Gefahr!

Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten!

Nach dem ominösen Durchbruch der faschistischen Republikaner bei den Westberliner Wahlen nun die NPD in Frankfurt: sie bekam 6,6 Prozent im Durchschnitt, in manchen Bezirken sogar 9-10 Prozent. Auch hier führten die Nazis eine wütende Hetzkampagne gegen Immigranten. Wie Zehntausende in Berlin zuvor, gingen empörte Antifaschisten in der Finanzhauptstadt Westdeutschlands auf die Straße. Als die Hochrechnungen am Abend des 12. März bekannt wurden, zogen über 5000 zum Römer und riefen „Nazis raus“ und „Ausländer bleiben“. Am nächsten Tag folgten 10 000 dem DGB-Aufruf zu einer Demonstration. In ganz Westdeutschland stößt auf breiter Front der bedrohliche Wiederaufstieg der Nazis auf Protest, häufig mit bedeutender gewerkschaftlicher Beteiligung. Der Kampf gegen die Nazis wird nicht an der Wahlurne entschieden, sondern auf der Straße. Westdeutschlands gutorganisierte Arbeiterbewegung mit ihrem strategischen Bestandteil an Immigranten hat die Macht, die Faschisten zu zerschlagen. *Diese Macht muß aber eingesetzt werden.*

„Spiel mir das Lied vom Tod“ war die Begleitmusik zum hetzerischen Werbespot der Republikaner, der zuerst türkische Kinder zeigte und dann unzufriedene Jugendliche

und Arbeitslose. In Westberlin führten sie einen Feldzug für rassistischen Terror. Noch in der Wahlnacht überfielen faschistische Schläger eine Gruppe von Bezirksverordneten der Tempelhofer AL und drohten: „mit den Asylanten gleich mitvergassen“ (*tageszeitung*, 2. Februar). Dies ist keine leere Drohung. Denkt an Schwandorf: dort verübte im Dezember ein Nazi-Psychopath einen Brandanschlag auf ein Wohnhaus und tötete so drei Mitglieder einer türkischen Familie und einen Deutschen. Jetzt drohen die Nazis für den 20. April, Hitlers 100. „Geburtstag“, in ganz Westdeutschland und Westberlin mit Terrorangriffen zu wüten – hauptsächlich zielen sie auf Immigranten. Die Arbeiterbewegung muß ihre Kräfte mobilisieren, um diese „Feiern“ des rassistischen Völkermords zu verhindern.

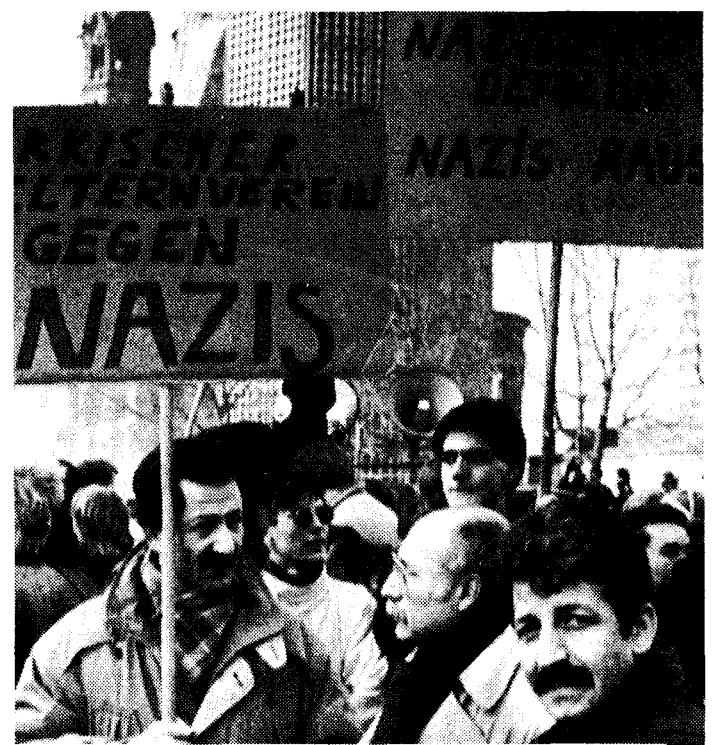
Immigranten, Linke, Juden, Frauen, Homosexuelle: die Liste der vorgesehenen Opfer der Faschisten ist lang. Und letztendlich haben sie es auf die gesamte organisierte Arbeiterbewegung abgesehen. Das Republikaner-Programm „Pflicht der Arbeit“ heißt Lohnstopp, kein Arbeitslosengeld, keine Sozialversicherung, kein Recht, in Rente zu gehen, keine Gewerkschaften – schufte, bis du krepierst. „Arbeit macht frei.“ Die Vertei-

digung aller Unterdrückten ist für die Arbeiterbewegung ein elementarer Akt der Selbstverteidigung!

Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat!

Der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus hat zusammen mit Bonns Abschiebe- und Austeritätspolitik das Anwachsen der Faschisten angeheizt, und die CDU wurde von rechts überflügelt. Die Republikaner wurden 1983 von fanatisch revanchistischen Elementen des braunen CSU-Flügels in Bayern gegründet, nachdem Franz Josef Strauß durch seine Vermittlung des Milliardenkredits an Ostdeutsch-

Fortgesetzt auf Seite 4



Westberlin, 30. Januar: 20 000 wütende Westberliner demonstrieren gegen die Republikaner

Republikaner-Provokation gegen antifaschistisches Meeting in Moabit

Erklärung des Komitees zur Verteidigung der Antifaschisten von Moabit

WESTBERLIN, 7. März – Von November bis Ende Januar lief der rassistische „Wahlkampf“ der Republikaner nach dem gleichen Muster ab: Einschüchterung, Provokation, Gewalttätigkeit und Polizeifallen gegen die Westberliner Bevölkerung. Nach einer Republikaner-Provokation zwei Wochen vor den Wahlen griffen sie mehrere Antifaschisten an, und jetzt werden sechs der Opfer mit der ernsthaften Anklage von Landfriedensbruch bedroht! Die Republikaner glauben, weil sie in weiten Teilen der Polizei Unterstützung finden, einen Freibrief zu besitzen, um ihre angeblichen Wahlaktivitäten mit provokativem und bedrohlichem Inhalt zu füllen. Hinter den Wahlplakaten stecken faschistische Banden, ausgerüstet mit Kameras, Baseballschlägern und Gaspistolen!

Am 14. Januar war ihre Zielscheibe Moabit, ein Bezirk, in dem deutsche und eingewanderte Arbeiter integriert zusammenleben, und wo Faschisten in der Vergangenheit auf starke antifaschistische Gefühle stießen. An diesem Abend provozierten die Republikaner Gäste in einem Restaurant dieses Bezirks, das dafür bekannt ist, daß sich dort antifaschistische und linke Gruppen treffen. Durch die Fensterfront des Lokals belästigten die Republikaner aggressiv diejenigen, die drinnen saßen, und schwenkten ihre Poster. Früher am Abend hatte die Trotzistische Liga Deutschlands (TLD) vor

über 25 Personen im Lokal ein Video über die erfolgreiche Massenmobilisierung von Arbeitern/Schwarzen in Philadelphia/USA gezeigt, die am 5. November die Provokationen der Ku-Klux-Klan- und Skinhead-Faschisten stoppte.

Als Mitglieder und Unterstützer der TLD und andere Gäste hinausgingen, um gegen diese Störung zu protestieren, wurden sie von den Republikanern gewalttätig angegriffen. Eine Unterstützerin der TLD wurde am Kopf durch Fußtritte verletzt. Sie mußte im Krankenhaus behandelt und auf Gehirnerschütterung untersucht werden.

Neben der Plakatruppe, geführt von Carsten Pagel, erschien dann aus dem Hintergrund eine „Etappenmannschaft“, die bereit gestanden hatte. Diese ging auf die Antifaschisten los, einer mit einer Pistole bewaffnet und ein weiterer mit Kamera. Diese Utensilien sind offensichtlich nicht geeignet für das Aufhängen von Plakaten, sondern für vorsätzliche Gewalttätigkeit, Einschüchterung und das Stellen von Fallen! Die gezogene Pistole des Republikaners stellte sich später als Gaspistole heraus. Die Bedrohung mit einer Pistole stellt ein schweres Verbrechen dar, und dies gilt für jede Pistole. Fotos von anständigen Menschen in den Händen von Faschisten dienen späteren, weiteren Angriffen.

Alle, die gegen diese faschistische Provo-

kation protestierten, kehrten zurück in das Restaurant, um die Gäste (überwiegend Immigranten) zu warnen und um für die Sicherheit aller zu sorgen. Republikaner liefen mit gezogener Pistole weiterhin vor dem Lokal herum und schufen so eine Lage, in der es gleichermaßen gefährlich war, im Restaurant zu bleiben oder zu gehen. Innerhalb von zwei bis drei Minuten stürmte ein Stoßtrupp Republikaner in das Lokal, noch mit Pistole und Kamera bewaffnet. Nun waren sie auch von sechs bis acht Funkstreifenpolizisten begleitet, die offensichtlich ebenfalls in Bereitschaft gestanden hatten. Die Gäste, auch mehrere Nichtteilnehmer am antifaschistischen Treffen, drückten sofort ihre Empörung aus über diesen Sturmtrupp-Angriff mit Rufen wie „Hier stinkt's!“ und „Faschisten raus!“ Ein Republikaner, jetzt mit Pistole am Koppel, paradierte auf und ab vor den Gästen, während die Polizisten die Personalien aufnahmen. Nun werden die Teilnehmer des antifaschistischen Meetings wegen „Landfriedensbruch“ mit drei Jahren Knast bedroht, weil sie gegen die Republikaner-Provokation protestierten und versuchten, die Sicherheit der Gäste im Lokal zu gewährleisten.

Republikaner-„Führer“ Carsten Pagel, ein glühender Verehrer von Hitlers Hans-Ulrich Rudel, demonstrierte eine Woche später noch einmal, wozu er auf die Straße geht.

Als er am 21. Januar an fast gleicher Stelle einen Baseballschläger aus seiner Jacke zog, hinderten ihn beherzte Antifaschisten daran, seine Waffe einzusetzen.

Die Kette der faschistischen Angriffe während des Westberliner Wahlkampfes wurde immer länger. Der infame rassistische Wahlspot der Republikaner – spielende türkische Kinder, untermalt von „Spiel mir das Lied vom Tod“, erstmals am 2. Januar im Fernsehen gezeigt – hat wütenden Protest ausgelöst von SPD/DGB bis hin zur Ausländerbeauftragten der CDU. Sechs Tage später wurden in Tiergarten die Gedenkstätten Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts und der Opfer des Naziterrors in Plötzensee von einem „Komitee Adolf Hitler“ mit Schweinekopfhälften und Hakenkreuzschmierereien geschändet. Die *tageszeitung* berichtete am 2. Februar: „Nach der Wahl der ‚Republikaner‘ in das Abgeordnetenhaus hat der Mob offenbar Konjunktur: Mutmaßliche Anhänger der rechtsradikalen Partei gingen in der Nacht zum Montag sogar auf Bezirksverordnete los und griffen zwei BVVler der Tempelhofer AL auf dem Weg nach Hause an.“ Die AL-Verordneten, die den Angriff in direkten Zusammenhang mit den Republikanern brachten, haben Anzeige erstattet. Die Republikaner versuchen auch, Gewerkschaftsfunktionäre einzuschüchtern. Selbst DGB-Chef Michael Pagels verklagten die Republikaner wegen Verleumdung, als er sie als das benannte, was sie sind.

Die Westberliner Bevölkerung hat weitverbreitete Abscheu gegen diese Faschisten und ihre rassistischen Angriffe wiederholt zum Ausdruck gebracht. Stoppt die Republikaner! Für Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten! Sofortige Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren gegen Antifaschisten! Verteidigt die Antifaschisten von Moabit! (Siehe Seite 4)